

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.– Erscheint monatlich Nr. 4 April 2001 36. Jahrgang

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

Schweizer Soldaten für fremde Händel opfern?



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
SD/ZH,
Fischenthal

Einerseits sollte es mit der Änderung des Militärgesetzes (Artikel 48a/150a) möglich werden, dass bewaffnete ausländische Armeeverbände ihr Kriegshandwerk und die Zusammenarbeit mit Schweizer Einheiten auf Schweizer Waffenplätzen und im Ausland üben könnten. Der Bundesrat bzw. das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) würden zudem ermächtigt, entsprechende internationale Abkommen abzuschliessen.

Andererseits wollen Bundesrat und Parlamentsmehrheit mit einer weiteren Änderung des Militärgesetzes (Artikel 66/66a/66b) das erreichen, was am 12. Juni 1994 bei der «Blauhelm-Vorlage» vom Volk abgelehnt wurde – nämlich, dass bewaffnete Schweizer Soldaten in ausländischen Konflikt- und Krisengebieten eingesetzt werden könnten. Die Vorlagen bedeuten eine radikale Änderung unserer Sicherheits- und Aussenpolitik und eine Missachtung unserer bewährten Staatsmaxime der bewaffneten Neutralität.

Staatspolitische Entwicklung

Bis Ende der 80er Jahre waren sich Bundesrat, Armeeführung, Politik und Bürgerschaft einig, dass mit der «Allgemeinen Wehrpflicht» (Art. 18 a BV) ein starkes Miliz-

heer gebildet wird. Einzig Instruktoren, Festungswächter und Piloten des Überwachungsgeschwaders haben den Status von Berufssoldaten. Die Vorteile der Milizarmee sind: Im Verhältnis zur Bevölkerung ist die Wehrkraft gross. Zudem bilden Armee und Volk einen sinnvollen Verbund. Das urdemokratische System «Bürger und Soldat» verhindert, dass sich das Militär zu einem «Staat im Staat» entwickeln kann.

Entsprechend der Politik der bewaffneten Neutralität war die Armee wichtiges Mittel der Landesverteidigung und somit eine reine Verteidigungsarmee. Ihre damalige Aufgabe bestand darin, Unabhängigkeit, Frieden und Freiheit des Landes zu schützen und notfalls Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. (Alfred Huber: «Staatskunde-Lexikon»)

Die geänderte Doktrin der 90er-Jahre

Mit dem Sicherheitspolitischen Bericht 90 und der Behandlung des Armeeleitbildes 95 in der Herbstsession 1992 wurde die Abkehr des Bundesrates von der oben geschilderten Sicherheitsdoktrin sichtbar. Wohl auf Druck der Wirtschaft wurde die Armeegrösse von 800'000 Mann im Ernstfall, von 600'000 im Friedensfall auf 400'000 reduziert. Die Sozialdemokraten wollten schon damals eine Armee von 150'000 Personen.

Neu war zudem die «Öffnung» der Armee für zusätzliche Aufgaben: Zwar blieb der Hauptauftrag der Landesverteidigung bestehen, wurde aber ergänzt. Der damalige Kommissionssprecher Anton Keller (NR) sagte es so:

«Der Hauptauftrag wird... ergänzt: Beteiligung an friedensfördernden Massnahmen...»

Der Bericht prägte erstmals den Begriff «Blauhelmkontingent in Bataillonsstärke».

Am 12. Juni 1994 wurde die Blauhelmvorlage in einer denkwidrigen Volksabstimmung abgelehnt, doch der Drang des Bundesrates nach «Solidarität gegenüber der Völkergemeinschaft» wurde dadurch keineswegs gebrochen – im Gegenteil.

Nein zum geistigen Nato-Beitritt



Die nächste grosse und wegweisende Abstimmung erfolgt bereits am 10. Juni 2001 mit dem Referendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes. Man will damit die heutige verfassungswidrige Entscheidung von bewaffneten Schweizer Soldaten ins Ausland legalisieren. Gleichzeitig soll auch das Gesetz, die Anwesenheit ausländischer Kampftruppen in unserem Land erlauben. **Schon heute ist die mentale, organisatorische und strukturelle Anpassung unserer Armee in die Nato im vollen Gange.** Für die Offizierslaufbahn ist die Beherrschung der englischen Sprache, die Kommandosprache der Nato, bereits festgelegt. Zielsetzung ist letztlich der Nato-Beitritt oder mindestens die Nato-Integration und damit Unterstellung unter fremdes Kommando. **Das Armeeleitbild XXI ist nicht mehr vom Willen zu einer selbständigen Landesverteidigung geprägt.** «Partnerschaft für den Frieden» und Auslandseinsätze haben den Vorrang. Dies alles hätte einen Verzicht auf unsere immerwährende, bewaffnete Neutralität zur Folge.

Wir Schweizer Demokraten wollen keine Schweizer Soldaten im Ausland und auch keine ausländischen Soldaten in unserem Land. Wir müssen als freie Schweizer uns auf unsere eigenen Stärken besinnen und dem internationalen Auftreten unserer Soldaten am 10. Juni mit einem zweifachen Nein Einhalt gebieten. Dafür benötigen wir aber auch Ihre Hilfe. Auf der letzten Seite können Sie wiederum, so lange Vorrat, zusätzliche SD-Zeitungen, Flugblätter, Aufkleber und Plakate bestellen. Auch müssen wir wiederum auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Ihre Spende, ob gross oder klein, wird ganz gegen die neutralitätswidrigen Armee-Auslandseinsätze verwendet.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär

Er fand einen ziemlich hinterhältigen Weg, sein Ziel einer sicherheitspolitischen Öffnung zu erreichen, indem er zusammen mit dem Parlament eine «Nachführung, bzw. Teilrevision der Bundesverfassung» vors Volk brachte.

Ein Komitee unter dem Präsidium der Nationalräte Schlüter (SVP), Steinemann (FP) und Steffen (SD) verfocht die NEIN-Parole mit Hinweisen auf viele versteckte Gefahrenpunkte. Leider fand diese Parole keine Unterstützung bei Christoph Blochers «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS), und so folgte der Souverän der Parole des Bundesrates und der meisten Parteien und nahm die neue Verfassung an. So fanden in Artikel 48 (n. BV) unter dem Titel «Armee» folgende Formulierungen Eingang:

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Schweizer Fremdenlegion
- 3 Haschischkonsum bringt mehr Psychriefälle
- 4 Wir jubilieren: 40 Jahre Schweizer Demokraten
- 6 Leben und Umwelt
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 SD im Nationalrat
- 12 Der Leser hat das Wort

10. Juni 2001: Abstimmung über Änderungen des Militärgesetzes

Ausländische Soldaten in der Schweiz?	NEIN!
Schweizer Soldaten im Ausland?	NEIN!

Schweiz bald EU-Financier?

Fortsetzung von Seite 1

1. Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.
2. Die Armee dient der **Kriegsverhinderung** und trägt bei zur **Erhaltung des Friedens**...

Nun ist natürlich nicht verwunderlich, wenn das Armeeleitbild XXI vom 21.2.2001 die Erhöhung des Anteils von Berufssoldaten in der abgespeckten Armee plant und in einer ersten Phase den Einsatz einer verstärkten Einheit (Kp) und später eines Bataillons für «friedensunterstützende Operationen» im Ausland vorsieht.

Ausländische Soldaten in der Schweiz? – NEIN!

Vor einem Jahr übte erstmals ein französisches Panzerdetachment in der Schweiz auf dem Schiessplatz Wichlenalp. Damit solche und ähnliche Übungen im Rahmen der sogenannten «NATO-Partnerschaft für den Frieden» durchgeführt werden können, bedarf es einer gesetzlichen Regelung, welche bis anhin fehlte. Diese soll nun mit der Änderung des Militärgesetzes erreicht werden.

Die Schweizer Armee benutzt allerdings schon seit Jahren ausländische Übungsplätze. Dies geschieht jedoch aufgrund von bilateral abgeschlossenen Verträgen mit einzelnen Staaten. Diese stellen ihre Infrastruktur der Schweiz als Dienstleistung gegen Bezahlung zur Verfügung.

Eine solche lokale Zusammenarbeit ist jedoch nicht zu vergleichen mit der Dimension der Partnerschaft, wie sie von der NATO erwartet wird. Hier geht es um langfristige, enge Kooperation mit sämtlichen Staaten dieser Partnerschaft. Kooperation bedeutet für die NATO, dass sich ein Partner – also hier die Schweiz – der NATO-Doktrin unterwirft. Damit diese Partnerschaft in einem Ernstfall spielen kann, verlangt die NATO schon in Friedenszeit eine maximale Einordnung und Unterordnung. Was wird die Folge sein? Die Schweiz wird letztlich ihre eigene Handlungsfreiheit in Führung und Einsatz, Organisation wie auch Ausbildung und Ausrüstung ihrer Armee verlieren. Nicht umsonst werden schon heute Offiziere unserer Armee in militärischem Fachenglisch geschult.

Wie vereinbart der Bundesrat diese Absichten mit seinen Pflichten, welche ihm aus Artikel 185 (n. BV) erwachsen, wo es heisst:

1 Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz?

Diese erste Vorlage gehört wichtig abgelehnt.

Schweizer Soldaten im Ausland? – NEIN!

Die Strategie für die neue Sicherheitspolitik und die Armee XXI heisst: «Sicherheit durch Kooperation». Der Bundesrat begründet dies mit der Auffassung, die neuen Risiken und Probleme, mit denen die Staaten heute konfrontiert seien, könnten oft nur noch gemeinsam, also im «Kollektiv» bewältigt werden. Dies gelte auch für unser Land.

Damit der Bundesrat Einsätze mit bewaffneten Schweizer Soldaten in Einheits- und später Bataillonstärke anordnen kann, soll er neu die Kompetenz erhalten, Art und Umfang der Bewaffnung zum Schutz der Truppen selbst festlegen zu können. Er ist neu auch zuständig für die Anordnung eines solchen bewaffneten Einsatzes der Truppe im Ausland.

Was die Bewaffnung und Ausrüstung betrifft, will der Bundesrat die Soldaten nicht mehr nur zum Selbstschutz mit persönlichen Waffen versehen, sondern er «träumt» auch vom Einsatz von Maschinengewehren, Fliegerabwehrgeschützen und Schützenpanzern. Für die rasche Verlegung der Truppe in den Einsatzraum will er Grossraumflugzeuge evaluieren!

Zwar will der Bundesrat vor einem bewaffneten Einsatz die aussen- und sicherheitspolitischen Kommissionen des Parlaments anhören, aber dann trotzdem selber entscheiden. Grössere Kontingente oder längere Auslandseinsätze sind vom Parlament zu genehmigen, es sei denn, der Bundesrat betrachte den Einsatz als dringlich; in diesem Fall ordnet er den Einsatz an und lässt diesen später vom Parlament genehmigen.

Weshalb sind die Änderungen des Militärgesetzes abzulehnen?

- **Sie widersprechen den verfassungsmässigen Massnahmen zur Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.**
- **Sie sind Folge einer verfehlten Aussen- und Sicherheitspolitik von Bundesrat und Parlament.**
- **Sie sind Annäherungsschritte an eine weitere Öffnung der Schweiz Richtung UNO, EU, WEU (Westeuropäische Union) und NATO.**
- **Zum Soldaten gehört eine persönliche Waffe; Schweizer Soldaten haben nichts in fernen Konflikt- und Kampfgebieten zu suchen.**
- **Es darf nicht zweierlei Schweizer Soldaten geben: gut bezahlte Söldner in fremden Diensten und knauserig besoldete Armeeghörige im Innern.**
- **Schweizer Soldaten sollen weder für den Frieden, noch für die EU,**

noch für die NATO und schon gar nicht für die UNO sterben – wenn Schweizer Militärdienst leisten, sind sie bereit, im Ernstfall für ihr Volk und für ihre Heimat zu sterben.

Auf Grund von verfassungsrechtlichen, staatspolitischen, aussen- und sicherheitspolitischen Überlegungen gehören die beiden Vorlagen am 10. Juni 2001 wuchtig abgelehnt.

Schweizer Fremdenlegion



Robert Berner, Rheinfelden

Die berühmt-berüchtigte Légion Etrangère wurde 1831 in Algerien gegründet. Dieses nordafrikanische Land – einmal sogar Byzanz zugehörig – wurde um 647 von Arabern überrollt, galt jahrhundertlang als Seeräuberstaat und wurde zwischen 1830 und 1847 von den Franzosen erobert. Eine Befriedung ist bis heute nicht eingetreten. Zahlreich sind Zeugnisse von Fremdenlegionären. Einer davon war Friedrich Glauser (1896–1938). Gourrama ist sein berühmter Roman. Insgesamt sollen rund 60'000 Schweizer bei dieser Elitetruppe gedient haben. Freiwillig zwar, jedoch immer aus irgendwelchen Gründen und gezwungenermassen. Der Eintritt in die Legion ist nach Schweizer Gesetz strafbar. Er gilt als «Schwächung der Wehrkraft».

Ein Schweizer als Gründer der Legion

Oberst Stoffel von Arbon ist deren Begründer und erster Kommandant. Ihm ging es darum, den Schweizer Söldnern der in Frankreich aufgelösten Schweizer-Regimenter «Arbeit» (Verdienst) zu verschaffen. Die Legion wurde zu einer schlagkräftigen Kolonialtruppe im Dienste von «Honneur et Patrie» der Grande Nation von ehemals. Wer von den Legionären seinen Dienst abgeleistet hat, dem wird sowohl die Staatsbürgerschaft, als auch eine lebenslängliche Rente verliehen. Algerien wurde 1962, nach grausamem Krieg, von Frankreich unabhängig. Hundert Jahre versuchter Befriedung brachten nichts. Die «Pieds Noirs», in Algerien geborene Franzosen, und alle Europäer wurden aus dem Land geworfen. Hundert Jahre Aufbau (Albert Camus beschreibt «den Lebtag» im erst erschienenen Roman «Der erste Mensch») brachten nur «Blut und Tränen».

Auslandseinsätze als «Sport»

Verteidigungsminister S. Schmid würde – falls das Volk zustimmt –

Gründer einer neu aufgelegten Fremdenlegion werden. Wie viele Schweizer – in der französischen – wirklich waren, wieviele tot auf Schlachtfeldern verblieben (beispielsweise in Vietnam) ist nicht aktenkundig. Nach diesem Debakel – und der Zurückstufung Frankreichs – wurde die Legion in deren Bestand und erst recht mit heiklen Einsätzen zurückgefahren. Kunststück: nun sind die USA zuständig für Bombardierung, die Nato für die «Drekarbeit» auf dem Erdboden. Dafür gibt es immer neue Einsatzgebiete: Kosovo, Tschetschenien, Afghanistan, Sudan, Kongo, Palästina, Eritrea. Dort könnten, sofern S. Schmid's Idee obsiegt, künftig Schweizer Söldner des 21. Jahrhunderts die «Idée Suisse» verbreiten. Aufgelistet finde ich die Liste gescheiterter militärischer UNO-Einsätze in der «Schweizerzeit» vom 16. März: Westsahara, Somalia, Angola, Bosnien, Kosovo, Ruanda, Libanon, Sierra Leone. Für europäische Begriffe völlig unbegreiflich sind die Metzereien zwischen Hutu und Tutsi! Was hunderten von Schweizern als Missionare, Entwicklungs- und Katastrophenhelfer nicht gelang, kann auch Swiss Coys nicht gelingen. Ich denke hier auch an Afghanistan (Mitcheners Buch «Karawanen der Nacht») mit so völlig anderen religiösen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese Menschen sind unberechenbar und jedes Eingreifen voller Unwägbarkeiten.

Kein zweites Marignano

Die Schweiz ist ein winziges Land. Wir überschätzen uns. Unsere Bevölkerung zählt nur Promille. Verzetteln wir uns nicht. Überbewerten wir nicht, wenn einige Suchhunde Trümmerhaufen der Türkei, Indiens oder Mittelamerikas nach Verschütteten beschnuppern, dass Schweizer im Sudan Brunnen bohren oder jetzt in der Mongolei Heu verteilen. Es sind alles «Tropfen auf den heissen Stein». Dem Elend auf der ganzen Welt mögen wir nimmer entgegen steuern. Militärische Einsätze grenzen gar an Leichtsinn. Welch ein Widerspruch: Legionäre und Spanienkämpfer, die einzigen, die 1939 wirkliche Kriegserfahrung in unser Länd zurückbrachten, hat man ins Gefängnis gesteckt. Müsste man diese – und dann noch jene, die bei der Waffen-SS gegen die Bolschewisten kämpften – für ihre Auslandseinsätze belobigen?

Die Abstimmungsvorlage

Die bundesrätliche Vorlage widerspricht unserer Verfassung – leider haben wir keinen Verfassungsgerichtshof – und der seit Marignano (1515) geltenden, vom Wiener-Kongress 1815 und im Haager-Abkommen (1907) festgeschriebenen Neutralität. Mit dieser ist unser Land gut gefahren. Indem wir uns kriegerisch nie einmischten, konnten wir uns aus allen Händeln heraushalten und zudem viel Leid lindern. Dies lässt sich von Kanonen und Bombenabwürfen durch kriegführende Staaten nicht sagen. Unser Stimmvolk tut gut daran, wieder einmal dem

von guten Geistern verlassenem Bundesrat nicht zu folgen. Die Annahme des geänderten Militärgesetzes – dank Referendum nun vor dem Volk – brächte das Ende der eigenständigen, schweizerischen Miliz-Armee, den Zugang der Nato zu den schweizerischen Waffenplätzen (und Festungen!), ausländische Armee-Einheiten für Übungen ins Land und mit «Partnership for Peace» riskante Einsätze auf der ganzen Welt.

Die Vorlage gehört am 10. Juni wuchtig abgelehnt. Statt Frankreich hätte fortan die Schweiz ihre eigene Fremdenlegion, allerdings unter fremdem Kommando.

Haschischkonsum bringt immer mehr Psychriefälle!

Und trotzdem soll der Konsum weitgehend freigegeben werden



Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

Währenddem viele führende Politiker von SP, FDP, CVP, Liberalen und Grünen mitsamt dem Bundesrat fordern, **der Cannabis-Konsum (Haschisch) solle liberalisiert werden**, ist still und heimlich eine beängstigende Entwicklung feststellbar. Am 15. März 2001 wurde im «Baslerstab» ein aufsehenerregender Artikel zu dieser Problematik veröffentlicht. Danach stellt man im Baselbiet seit einiger Zeit fest, **dass immer mehr Jugendliche, welche Cannabis konsumieren, psychiatrisch behandelt werden müssen. Viele Jugendliche leiden offenbar – was wir in der öffentlichen Diskussion seit langem behaupten und feststellen – unter Paranoia, fühlen sich verfolgt und beobachtet, sind also im wahrsten Sinne des Wortes krank.** All diese Symptome sind in der Fachliteratur zur Genüge beschrieben worden. Allein unsere Regierungspolitiker wollen dies schlicht nicht wahrhaben. Nun muss dies endlich öffentlich zugegeben werden.

zahlerinnen und Steuerzahler, welche nicht kiffen! **Denn die Beratungsstellen müssen immer mehr ausgebaut werden und das kostet grosse Summen.** Es sind aber auch wir Krankenkassenprämien-Zahlende! Denn viele dieser Jugendlichen – aber auch Erwachsene – werden aufgrund der Folgen ihres Haschischkonsums an einen Arzt überwiesen. **Das Gesundheitswesen wird so noch mehr belastet.** Die Krankenkassenprämien steigen und steigen deshalb. Und wer muss sich – weil die Gesundheitskosten auch sozialisiert sind – daran mitbeteiligen? – Natürlich wieder wir braven Krankenkassenprämien-Zahlenden. **Wir sind die Dummen, wir, die wir nicht drögel!** Auch diese Tatsache müssen wir im bevorstehenden Abstimmungskampf zur Drogenliberalisierung deutlich und laut vernehmlich kund tun.

Wer zieht schon freiwillig in den Krieg?

Vor 1939 war **Militärdienst in England** freiwillig. Wenig, zu wenige meldeten sich. Ich erinnere mich einer grossen Plakat-Aktion: «Join the Army». **Albert Camus** (1913), Algerienfranzose vernahm später wie sein Vater 1914, gezwungen in sein ihm unbekanntes Vaterland einrückte und beschreibt wie er – mit andern «Zuaven» – in Strohütten in der Marneschlacht gegen deutsches Maschinengewehrfeuer rennen musste, wobei alle umkamen. Knapp entflohen **ein Italiener** am Luganersee dem Ersten Weltkrieg. Schnell auf Besuch bei seiner in Campione im Sterben liegenden Mutter, verhafteten ihn die Carabinieri, legten ihn in

Handschellen, verfrachteten den Refraktär auf ein Schweizer Kurschiff mit nächstem Anlegen am italienischen Ufer. Vor Melide wagte er einen Kopfsprung und erreichte – trotz Behinderung – das rettende Ufer (aus der Jubiläumsschrift der Navigazione Lago di Lugano). **Das eigene Land, Dörfer und Menschen** gegen Angreifer zu schützen ist anders als fernab Krieg zu führen. Nach Annahme des geänderten Militärgesetzes würde ohne Zweifel der Schweiz ein Kontingent abverlangt. Die USA gehen keine Risiken ein. Für den «schmutzigen» Teil setzt man dann Europäer als Bodentruppen ein.

So wird bei uns heute eingebürgert!

In einem Hauseingang fand ich kürzlich im Anschlagkasten des Hauswirts folgende Mitteilung (wörtlich geschrieben!): «an alle iwohner von... (hier stand die Hausnummer) ab jets wir können grillen wen sie möchkten grillen tan sie können nur ein termin machen bei mir». Du verstanden? Deutsche Sprak halt schwere Sprak! Oder schreibt man Sprak vielleicht «Sprackg»?

Und jetzt kommt der Tiefschlag. Die dazukommende Hauswartfrau erklärte mit Stolz, sie sei seit 5 Jahren eingebürgert. Liebe Leserinnen und Leser, sie dürfen dreimal raten, wo diese Einbürgerung stattgefunden hat. In Baden, wo denn sonst? *Dr. Dragan Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden (Anmerkung der Redaktion: Als Einwohnerrat der SD muss man es in Baden wirklich «schön» haben.)*

Immer mehr kranke Kiffer

1998 suchten deswegen 57 Jugendliche im Baselbiet die Drogenberatung auf. 1999 waren es bereits 107 Jugendliche und die Tendenz soll steigend sein. Zudem gebe es eine sehr grosse Dunkelziffer von Jugendlichen, die sich deswegen schämen und keine therapeutische oder ärztliche Hilfe anfordern. Über die Hälfte der 14-jährigen Jugendlichen kiffe heute bereits, war im «Baslerstab» weiter zu lesen. Auch viele Erwachsene tun dies, vor allem in den alt-68er-Kreisen und bei der sogenannt liberalen bürgerlichen Schickeria. Ja, ich kenne auch Nationalratsmitglieder, die das tun! **Der Haschischkonsum hat sich also zu einer Volksseuche ausgeweitet, mit unabsehbaren gesundheitlichen und sozialpolitischen Folgen.** Cannabis ist für manchen Menschen – zugegeben nicht für alle – die Einstiegsdroge für noch härteren Drogenkonsum. Wer das nicht wahrhaben will, der verdrängt die Wirklichkeit.



Verantwortungslose Politiker

Es ist modern, für die Drogenliberalisierung einzustehen. Doch ist dies verantwortungslos gegenüber den kommenden Generationen. Der höchste dafür verantwortliche Baselbieter Politiker, mein lieber anpasserischer Baselbieter SVP-Kollege Regierungsrat Erich Straumann, liess im «Baslerstab» durchblicken, dass er keine Ahnung von der medizinischen, sozialen und finanziellen Dimension dieses Problems hat. Auf die Frage, ob er auch schon einmal gekiffert habe, antwortete er treuherzig mit Nein. Weiter sagte er: «Vielleicht sollte ich auch einen Joint probieren, um zu wissen, wie das ist.» Er hielt weiter gegenüber dem «Baslerstab» fest, dass die Liberalisierung des Haschischkonsums vorangetrieben werden müsse. Und der Bundesrat will dies bekanntlich tun, nicht zuletzt auch wegen einer Baselbieter Standesinitiative, welche nach Bern überwiesen worden ist. Ich schäme mich für den Baselbieter Landrat!

Wir Braven bezahlen

Es stellen sich Fragen. **Wer bezahlt eigentlich all diese Folgekosten?** – Doch wieder wir braven Steuer-

Schweizer Soldaten sind für den Krieg gerüstet, um die Freiheit der Schweiz zu schützen. Dafür müssen sie notfalls ihr Leben einsetzen. Aber wir opfern unsere Männer und Söhne nicht für fremde Kriegshäufel. Denn aus Kriegen kommen Soldaten als Verwundete, Kranke oder Tote zurück. Deshalb spielt man nicht mit Kriegen.

Am 10. Juni
2x NEIN
zum Militärgesetz

**Darum: Keine Schweizer Soldaten ins Ausland!
 Keine ausländischen Soldaten in der Schweiz!**

Überparteiliches Komitee «Friedensplatz Schweiz»

www.militaergesetz-nein.ch

Wir jubilieren: 40 Jahre Schweizer Demokraten

Im Jahre 1961 wurde unsere Partei, damals noch unter dem Namen «Nationale Aktion gegen die Überfremdung» gegründet. Ursprünglich war die «Aktion» als Volksbewegung gegen die Überfremdung gedacht. Doch schon bald bildete sich aus dieser Volksbewegung eine parteiähnlich arbeitende Organisation, welche in den 70er Jahren auch den Einzug in die Parlamente schaffte. Bekannte Namen prägten die Partei, so etwa **Fritz Meier, James Schwarzenbach oder Valentin Oehen**. Unsere Partei hat eine bewegte Parteigeschichte hinter sich, mit viel Auf und auch viel Ab!

Es gab in den ersten 25 Jahren manchen Parteikrach, Austritte und Abspaltungen. Das liest sich rückblickend fast wie ein Krimi! Heute hat sich unsere Partei unter dem Namen «Schweizer Demokraten» aber stabilisiert. Es wird kontinuierlich politische Arbeit geleistet, und die Zeit der Kräche ist vorbei, weil sich alle bewusst sind, dass sich das eine politische Partei nicht leisten kann.

Wer die nachfolgend publizierte Parteigeschichte liest, kann erahnen, wie interessant, aber auch turbulent die vergangenen Partei-Zeiten waren.

Wir hatten auch einige politische Vollerfolge zu verbuchen. **Gäbe es unsere Partei nicht, wären nicht einmal die kleinen Einwanderungsschranken errichtet worden, die wir heute haben. Man würde unser Land nicht mehr erkennen – es wäre noch viel stärker überfremdet. Das ist wohl der zentrale Erfolg von uns!**

Anlässlich unserer diesjährigen **1.-August-Feier auf dem Nollen** (Ostschweiz) wollen wir die Parteigeschichte auch etwas Revue passieren lassen und uns gemeinsam freuen, dass wir noch immer auf der

politischen Bühne präsent sind. In den letzten Jahren hatten wir es eher schwer, uns in den Parlamenten zu behaupten. Wir wissen aber aus Erfahrung, dass keine Partei immer im Abwind ist.

Darum sind wir heute in Erwartung eines verstärkten Aufwindes. Wenn wir alle gemeinsam und mit viel Geduld (das braucht es) weiter am Ball bleiben, wird für uns wieder eine wesentlich bessere politische Zeit kommen!

*Rudolf Keller, a. Nationalrat,
SD-Zentralpräsident*

Die Geschichte der Schweizer Demokraten (SD) (vormals Nationale Aktion NA)



1961 Gründung unter dem Namen «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» in Winterthur. Hauptinitiant: Fritz Meier (Ellikon an der Thur ZH). Der Name erinnert an Vorläuferbewegungen in der Vorkriegszeit wie z.B. das «Aktionskomitee gegen die Überfremdung».

1963 Erstes Parteiprogramm. Zitate: «Verschärfung der Bestimmungen über Lärmbekämpfung, Gewässerschutz und Luftverunreinigung. «Die Überfremdung als Ursache riesiger Überbauungen lässt ganze Landschaften verschwinden.»

1965 Die Parteizeitung «Volk + Heimat» erscheint erstmals. Petition gegen die Überfremdung.

1967 Erste Teilnahme an eidgenössischen Wahlen und gleich erster Erfolg. Gewählt wird James Schwarzenbach (Zürich) als NA-Vertreter.

1968 Die Zürcher Demokraten ziehen auf massiven Druck der politisch Mächtigen ihre Volksinitiative gegen die Überfremdung zurück und bezahlen mit ihrem politischen Tod. Die NA beschliesst als Ersatz eine eigene Volksinitiative zu starten.

20. Mai 1969 Die NA reicht ihre erste Volksinitiative gegen die Überfremdung ein. Die Gegner taufen sie in «Schwarzenbach-Initiative» um, nach dem damaligen Zentralpräsidenten James Schwarzenbach, damit sich die NA nicht als politische Kraft profilieren könne.

7. Juni 1970 Grosser Achtungserfolg mit der ersten Initiative vor dem Volk. Über 46 Prozent Ja-Stimmen, obschon im Vorfeld behauptet worden war, die Initiative könne mit etwa 25 Prozent der Stimmen rechnen.

1970/71 James Schwarzenbach verlässt die NA und gründet seine eigene Partei, die «Republikanische Bewegung». Nach kurzer Amtszeit von Rudolf Weber (Basel) wird Valentin Oehen (Köniz) Präsident.

27. März 1971 Nach der Überwindung innerer Schwierigkeiten beschliesst die Delegiertenversammlung in Olten eine «Grundsatzklärung» über die Bedrohung der Umwelt durch die Weltbevölkerungsexplosion.



Herbst 1971 Nationalratswahlen: Grosser Wahlsieg. Trotz Abspaltung der Republikaner, die ihrerseits sieben Sitze erobern, vervierfacht die NA ihre Vertretung. Je ein Sitz in den Kantonen Zürich (Dr. Heinrich Müller), Bern (Valentin Oehen), Basel-Stadt (Walter Jaeger) und Waadt (Georges Breny).

1973 Gründung der Jung-Nationalen Aktion JNA.

1974 Eine zweite NA-Volksinitiative gegen die Überfremdung wird mit ungefähr einem Drittel Ja gegen zwei Drittel Nein abgelehnt.

1975 Nationalratswahlen: Verlust der Sitze in den Kantonen Basel-Stadt und Waadt.

13. März 1969 Die beiden NA-Volksinitiativen für die Beschränkung der Einbürgerungen und für ein Staatsvertragsreferendum werden abgelehnt, jedoch Teilerfolg beim Staatsvertragsreferendum durch Annahme des Gegenvorschlages der Eidg. Räte, weshalb das Volk künftig zum Beispiel über einen UNO- oder EU-Beitritt abstimmen kann.

22. Okt. 1977 Eine ausserordentliche Delegiertenversammlung in Olten beschliesst den neuen Namen «Nationale Aktion für Volk und Heimat». **Herbst 1979** Gegen alle Weissagungen politischer Auguren behauptet die NA ihre beiden Sitze in Zürich (Fritz Meier) und Bern (Valentin Oehen). Die NA-Volksinitiative gegen den Ausverkauf der Heimat wird eingereicht.

26. April 1980 Delegiertenversammlung in Bern: Hans Zwicky (Frauenfeld) wird neuer Zentralpräsident.

25. Sept. 1981 Das erste eidg. Referendum der NA gegen ein neues «Ausländergesetz», das die Einwanderung erleichtert hätte, ist gleich von Erfolg gekrönt: 84'000 Unterschriften in zehn Wochen.

6. Juni 1982 Erster NA-Sieg in einer eidg. Volksabstimmung: Ausser den Genfer «Vigilants» unterstützt keine im eidg. Parlament vertretene Partei die Nein-Parole der NA. Trotzdem Ablehnung des «Ausländergesetzes» mit 690'268 Nein gegen 680'404 Ja.



27. Febr. 1983 NA-Initiative zur Erhaltung der Zürcher Grünflächen wird angenommen.

Herbst 1983 Nationalratswahlen: Die NA verdoppelt mit je zwei Sitzen in den Kantonen Zürich (Fritz Meier) und Dr. Jean-Jacques Hegg) und Bern (Valentin Oehen und Markus Ruf) wieder ihre Vertretung.

4. Dez. 1983 Zweiter grosser Abstimmungssieg der NA auf nationaler Ebene, wieder gegen alle in den Eidg. Räten vertretenen Parteien ausser den «Vigilants» wird das Gesetz über eine erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern, Flüchtlingen und Staatenlosen mit 793'045 Nein gegen 644'537 Ja abgelehnt.

20. Mai 1984 Die NA scheitert mit ihrer Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» ganz knapp in der Volksabstimmung mit 837'987 Ja (48,9 Prozent) gegen 874'964 Nein und 8 1/2 gegen 14 1/2 Ständesstimmen.

2. Dez. 1984 Ein NA-Referendum verhindert die Einführung eines Ausländerrats in der Stadt Zürich.

10. April 1985 Neues NA-Volksbegehren «für die Begrenzung der Einwanderung» wird mit 114'875 Unterschriften eingereicht.

1985/86 Aufsehenerregende Wahlerfolge in verschiedenen Kantonen (u.a. Kanton Waadt, Kanton Bern, Stadt Zürich).

April 1986 Nationalrat Valentin Oehen verlässt nach persönlichen



Differenzen die NA und zieht sich später aus der Politik zurück.

14. Juni 1986 Rudolf Keller (Frenkendorf BL) wird zum neuen Zentralpräsidenten gewählt. Die Partei findet wieder den inneren Zusammenhalt.

22. Febr. 1987 Sitzgewinne bei den Baselbieter Landratswahlen. Rudolf Keller wird zum Landrat gewählt.

5. April 1987 Sitzgewinne bei den Zürcher Kantonsratswahlen, neu 6-köpfige Fraktion.

18. Okt. 1987 Die NA behauptet gegen widrige Umstände 3 Sitze im Nationalrat (Fritz Meier ZH, Markus Ruf BE und Hans Steffen ZH). Parteigründer Fritz Meier wird Alterspräsident im Nationalrat.

17. Jan. 1988 Wahlerfolg bei den Basler Grossratswahlen mit zehn Grossratssitzen. Der NA-Siegeszug wird im März mittels Baselbieter Sitzgewinne fortgeführt.

4. Dez. 1988 Die NA-Volksinitiative «für die Begrenzung der Einwanderung» wird mit 732'021 Ja (32,7%) gegen 1'506'468 Nein (67,3%) abgelehnt. Gutes Abschneiden bei den Berner Stadtratswahlen (7 Sitze).

25. April 1989 Lancierung der «Eidg. Volksinitiative für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag – 1.-August-Initiative».

März/April 1990 Bei den Wahlen im Kanton Bern, im Kanton Waadt und in der Stadt Zürich verliert die NA Wähler.



9. Juni 1990 Die NA ändert an einer schweizerischen Delegiertenversammlung in Neuchâtel ihren Namen auf «Schweizer Demokraten (SD)».

16. Juni 1990 Im Kanton Bern wird aufgrund eines SD/NA- und EDU-Referendums ein islamfreundliches Kirchengesetz vom Volk verworfen.

Sept. 1990 Die Parteizeitung «Volk + Heimat» wird in «Schweizer Demokrat» umgetauft.

23. Sept. 1990 Im Kanton Neuenburg wird aufgrund eines SD-Referendums die Einführung des passiven Ausländerwahlrechts vom Volk deutlich abgelehnt.

24. Okt. 1990 Die SD-1.-August-Initiative wird in Bern mit 104'000 Unterschriften eingereicht.

März 1991 Die Unterschriftensammlung für die «Eidg. Volksinitiative für eine vernünftige Asylpolitik» beginnt. Vermehrt stossen jüngere Leute zur Partei.

24. März 1991 Grosser Wahlerfolg bei den Baselbieter Landratswahlen, neu Fraktionsstärke. Mässiges Abschneiden bei den folgenden Zürcher Kantonsratswahlen.

2. Juni 1991 Baselbieter SD-Referendum gegen drei Asylantenunterkünfte erfolgreich.

1. Aug. 1991 Die SD/NA feiert in Oberhofen am Thunersee ihr dreissigjähriges Bestehen.

20. Okt. 1991 Bei den Nationalrats-



wahlen erringen die Schweizer Demokraten mit 5 Sitzen (+2) erstmals Fraktionsstärke. Gewählt sind Markus Ruf (BE), Fritz Stalder (BE), Hans Steffen (ZH), Hardi Bischof (ZH) und Zentralpräsident Rudolf Keller (BL).

März 1992 Sitzgewinne bei den Baselbieter Gemeindevahlen.

6. Juli 1992 Die Eidg. Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik» wird mit 122'074 Unterschriften eingereicht.

1. Aug. 1992 Lancierung der Eidg. Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» Für eine freie Schweiz.

1992 Diverse Sitzgewinne bei den Gemeindevahlen im Kanton St. Gallen.

Nov./Dez. 1992 Sitzgewinne bei Gemeindevahlen im Kanton Bern. Leichte Verluste bei den Berner Stadtratswahlen.

6. Dez. 1992 Die SD gehört als eine der ganz wenigen Parteien, die geschlossen gegen den EWR kämpfte, zu den Siegern des schicksalhaften EWR-Urnengangs.

1993 Aktivierung von Sektionen der Jungen Schweizer Demokraten JSD.

26. Sept. 1983 Die SD-Initiative «für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag» wird mit dem höchsten je von einer Initiative erreichten Ja-Anteil von 83,8% wuchtig angenommen.

4. Okt. 1993 Zusammen mit andern Parteien reichen die SD das Referendum gegen schweizerische Blauhelmtuppen ein. In nur zweieinhalb Monaten werden über 90'000 Unterschriften gesammelt.



Für eine freie Schweiz
Unterschreibt die Initiative
«EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»

21. Jan. 1994 Einreichung der Eidg. Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» Für eine freie Schweiz» mit gegen 107'000 Unterschriften.

1994 Stimmenverluste bei stadtzürcherischen und kantonbernischen Wahlen.

12. Juni 1994 Grosser Abstimmungssieg der SD: Blauhelme, erleichterte Einbürgerung junger Ausländer und Kulturartikel werden in Übereinstimmung mit den SD-Parolen abgelehnt.

23. Juni 1994 Skandalöser Bundesratsantrag an das Parlament: Die SD-Asylinitiative soll wegen angeblicher «Unvereinbarkeit mit dem internationalen Völkerrecht» kurzerhand als ungültig erklärt werden!

16. Jan. 1995 Die SD sammelten im Alleingang 58'000 Unterschriften und reichen das Referendum gegen

die Lockerung der Lex Friedrich (gegen den Ausverkauf der Heimat) ein.
19. Feb. 1995 Grosser SD-Erfolg bei den Baselbieter Landratswahlen: nochmalige Steigerung um 2 auf 7 Landratssitze; Wähleranteil 9%!

25. Juni 1995 SD-Sieg: Referendum gegen Lockerung der Lex Friedrich mit 53% angenommen.

12. Sept. 1995 Lancierung der Eidg. Volksinitiative «Masshalten bei der Einwanderung!»

22. Okt. 1995 Die SD verlieren zwei ihrer fünf Nationalratssitze. Glanzvoll wiedergewählt werden Zentralpräsident Rudolf Keller (BL), Markus Ruf (BE) und Hans Steffen (ZH).

11. Febr. 1996 SD-Wahlsieg bei Baselbieter-Gemeindevahlen (+3 Mandate) und erstmals Exekutiv-Mandat in Allschwil: Gemeinderat Bruno Steiger.

9. Juni 1996 Die SD der Stadt Zürich sammeln innert zwanzig Tagen über 5000 Unterschriften gegen erleichterte Einbürgerungen. Die anschliessende Volksabstimmung wird gegen den Willen von fast allen namhaften Parteien mit 62% Nein gewonnen.

1996 Sitzgewinne bei Luzerner Gemeindevahlen. Leichte Gewinne auch im Kanton Bern und Basel.

5. Dez. 1996 Rudolf Keller, Markus Ruf und Hans Steffen bilden mit den Tessinern Flavio Maspoli (Lega) und Massimo Pini (ex-FDP) die Demokratische Fraktion.

12. März 1997 Die Volksinitiative «Masshalten bei der Einwanderung» scheitert mit rund 96'000 gültigen Unterschriften im Sammelstadium.

März 97 Grosser SD-Wahlerfolg im Kanton Aargau: Neu sieben Grossratsmandate (bisher drei).

8. Juni 1997 Achtungserfolg für die SD/Lega-Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»: 1/3-Zustimmung.

19. April 1998 Die SD gewinnen in der Stadt Bern zwei (+1) und im Wahlkreis Bern-Land einen Grossratsitz und bilden künftig mit dem FPS-Vertreter und einem Parteilosen eine Fraktion.

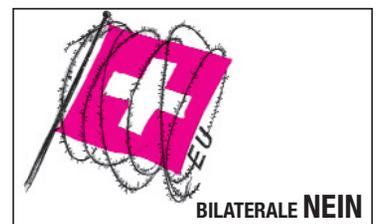
Ende 98 Markus Ruf wird vom SD-Kantonalverband Bern nicht mehr als Nationalrat aufgestellt. In der Folge tritt Ruf aus der SD aus und politisiert künftig beim LdU, wo er jedoch nicht mehr wiedergewählt wird.

24. Okt. 1999 Bei den Nationalratswahlen gehen zwei Sitze verloren. Neuer SD-Nationalrat ist Bernhard Hess, Bern.

3. Febr. 2000 Das Referendum gegen die bilateralen Verträge mit der EU wird mit 70'000 gültigen Unterschriften eingereicht.

März 2000 Halten der Stimmen bei den Wahlen in Basel-Land.

21. Mai 2000 Trotz intensivem Abstimmungskampf geht die Volksabstimmung über die EU-Verträge mit 33,6% Ja-Stimmen ehrenvoll verloren.



24. Sept. 2000 Achtungserfolg für die SD: Als einzige im Nationalrat vertretene Partei unterstützen die SD die Initiative «für eine Begrenzung der Einwanderung» (18%-Initiative) vollumfänglich. Zustimmung 36,8%.

22. Okt. 2000 Die SD bleiben im Basler Grossrat weiterhin mit einer 5-köpfigen Fraktion präsent.
27. Nov. 2000 Teilerfolge bei Stadt- und Gemeindevahlen im Kanton Bern: 3 Sitze im Stadtrat; wiederum 2 in Ostermündigen.

Fernsehen bringt keine SD-Parolen mehr

Gross war unser Erstaunen, als das Fernsehen DRS, ein Sender, der laut Auftrag auch für Minderheiten da zu sein hat, Ende Januar 2001 die Abstimmungsparolen des SD-Zentralvorstandes nicht publiziert hat. **Noch im letzten Jahr wurden unsere Abstimmungsparolen immer gebracht.** Wir haben uns im übrigen aus Rücksicht auf die Medien längst daran gewöhnt, dass man diese Parolen nicht begründen durfte. Aber immerhin konnten wir dem Volk so kund tun, ob wir für oder gegen eine Abstimmungsvorlage sind. Auf eine erste Intervention hin, bekamen wir gar keine Antwort. **Als unser Zentralpräsident dann die Sache nochmals aufgriff, tönte es vom Chefredaktor so: «Zum Pflichtstoff gehören die Abstimmungsparolen der Bundesratsparteien, und vermeldet werden die Parolen der Parteien mit Fraktionsstärke.**

Empfehlungen kleinerer Parteien wie der SD, die im nationalen Parlament nur noch mit einem Mitglied vertreten sind, werden demgemäss nur vermeldet, wenn die Parolen nicht den Erwartungen entsprechen.»

Weit haben wir es gebracht in unserem Land. Offensichtlich boykottieren sie nun unsere Partei, die seit 1967 ununterbrochen im Nationalrat Einsitz hat und in einigen Kantons- und Gemeindeparlamenten vertreten ist. Wenn aber 50 Berner Chaoten einen Antifa-Spaziergang durch die Stadt machen, wenn Pfarrer Cornelius Koch mit 20 Leuten für seine Asylanten protestiert, dann ist das Fernsehen zur Stelle und sendet, sendet, sendet... Weitere solche Beispiele gäbe es zu Hauf. Serriöse politische Arbeit, wie wir sie machen, ist bei denen offenbar gar nicht mehr gefragt!



Durch Salami taktik den Volkswillen unterlaufen?

Der Bundesrat hat Vorschläge der nationalrätlichen Rechtskommission für eine weitere Lockerung der gesetzlichen Beschränkungen des Verkaufs von Ferienwohnungen an Ausländer in die Vernehmlassung geschickt. Wiederverkäufe von Wohnungen unter Ausländern sollen künftig nicht mehr der kantonalen Kontingentierung unterstehen. Dadurch würden Kontingente frei für den Verkauf von Schweizern gehörenden Ferienwohnungen an Personen im Ausland. Ferner soll der Gummiparagraf eingeführt werden, dass Verkäufe von Wohnungen nicht mehr den Kontingenten angerechnet würden, wenn sie durch eine Notla-

ge bedingt seien. Soll damit eine weitere Salamischeibe am Schutz unserer Erholungsgebiete gegen die totale Überbauung abgeschnitten werden? Dass ein solcher Schutz nötig ist und dem Volkswillen entspricht, ist doch durch eine Volksabstimmung eindeutig dokumentiert! Es ist nachgerade die allgemeine Taktik in der Schweizer Politik, den Volkswillen so zu unterlaufen, dass man ständig wieder Salamischeiben abschneidet, aber so dünn, dass sich das Ergreifen eines Referendums nicht lohnt. Zum Schluss ist doch der ganze Salami weg. Soll die Schweiz in eine einzige Riesenagglomeration umgewandelt werden?

Uno kritisiert Schweizer Drogenpolitik

Die UNO kritisiert in ihrem Drogenbericht die Schweizer Gesetzgebung. Die Schweiz werde neben den Niederlanden zu einer wichtigen Quelle von Cannabis, heisst es darin. Der Anbau und Verkauf von Cannabis sei in der Schweiz nicht zu missachtender Tätigkeitssektor in der Grauzone, schreibt die Internationale Kontrollkommission für Drogen (INCB) in ihrem Bericht 2000. Die geplante Liberalisierung durch den Bundesrat im Rahmen der Revision des Betäubungsmittelgesetzes könnte das Problem noch verschlimmern. Die UNO fordert den Bundesrat auf, keine Straffreiheit für den Konsum von Cannabis zu erlassen.

Ihrer Ansicht nach wäre ein solcher Entscheid gegen die UNO-Konvention über Betäubungsmittel aus dem Jahre 1961. Die INCB macht auch auf die drohende Gefahr des Handels und Drogentourismus aufmerksam. Diese Gefahr streitet das Bundesamt für Gesundheit (BAG) nicht ab.

Das INCB zeigt sich zudem über die «Fixerstübli» besorgt. Bezüglich der ärztlich verschriebenen Heroinabgabe fordert die UNO die Schweiz auf, allfälligen Missbrauch genau zu untersuchen. Die Abgabe wird von der UNO-Agentur seit Beginn im 1997 kritisiert.

Aus einer SDA-Meldung

USA verweigern Klimaschutz

SD. Anlässlich der Klimakonferenz in Den Haag wurde das europäisch-amerikanische Verhältnis einmal mehr auf eine harte Probe gestellt: Statt sich auf eine Reduzierung des Treibhausgases Kohlendioxid festzulegen, warteten die USA mit Tricks auf, um sich vor Verantwortung zu drücken. Nicht mehr als ein Täuschungsmanöver ist nämlich der US-Vorschlag, Waldbestand und Landwirtschaft als Kohlendioxid senkende

Faktoren zu berücksichtigen. Die Europäer erklärten berechtigterweise, der amerikanische «Klimaplan» würde es den USA erlauben, noch mehr schädliche Gase auszustossen als bisher. Umweltschutzorganisationen verurteilten den US-Plan als glatte Täuschung.

Profil statt Klimaschutz

Dabei stehen die Zeichen im wahrsten Sinne des Wortes auf

Sturm. «Küsten drohen sich zu verschieben, es wird mehr extreme Unwetter geben, Fluten und Dürren», deutete der niederländische Umweltminister Jan Pronk zur Eröffnung des internationalen Klimagipfels. Nie in der gesamten Menschheitsgeschichte hat sich das Klima so schnell gewandelt, meinte der Politiker und appellierte an die 10'000 Gipfelteilnehmer aus rund 170 Staaten, sich in der 14-tägigen Konferenz auf wirksame Massnahmen zum Klimaschutz zu einigen. Doch am Ende trat man noch immer auf der Stelle. Infolge der US-Verweigerung nach dem Motto Profit statt Klimaschutz blieben wirksame Gegenmassnahmen nach wie vor aus. Dabei tragen die USA entscheidenden Anteil am globalen Klimawandel. Denn die Amerikaner erzeugen zehn Mal so viel Kohlendioxid wie der durchschnittliche Erdenbürger.

Deutliche Alarmzeichen

Auch der Chef der UN-Umweltbehörde UNEP, der Deutsche Klaus Töpfer, ging mit den Tricks der USA ins Gericht. Es sei tragisch, dass die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel nicht zuerst die Auswirkungen spürten. Opfer seien vor allem die armen Staaten des Südens mit zunehmenden Dürrekatastrophen. Die US-Regierung wehrt sich trotz aller Alarmzeichen mit allen Mitteln dagegen, schnelle und konsequente Massnahmen zu ergreifen. Dadurch könnten sogar die in Kyoto getroffenen Vereinbarungen auf unbestimmte Zeit ausser Kraft gesetzt werden.

Irreparable Schäden

Dass die Natur bereits klare Signale aussendet, ist unzweifelhaft. Aus

der ganzen Welt kamen gerade in den letzten Monaten alarmierende Nachrichten. Beispiel: In die Sümpfe der Everglades in Florida dringt immer mehr Salzwasser ein. Bereits bei einem Meeresspiegelanstieg von 50 Zentimetern drohen der einzigartigen Sumpflandschaft irreparable Schäden. Oder: In der Schweiz ist nach Angaben des Glaziologen Martin Hölzle allein der Feegletscher im Oberwallis um 87 Meter geschrumpft. Pakistan: Die Dauerfrostgrenze im Hochgebirge ist durch die Erderwärmung um bis zu 100 Meter hochgerückt. Durch das Auftauen des Bodens lösen sich Gesteinsmassen und stürzen als gefährliche Lawinen in die bewohnten Täler, warnte der Geograph Professor Matthias Kuhle. Weiter: Am Nordpol entdeckten Forscher im August, dass die Eiskappe geschmolzen war. Eine Fläche von mehreren Quadratkilometern war eisfrei. Auch schlugen Wissenschaftler z.B. mit Blick auf die Seychellen Alarm: Schon 90 Prozent der ursprünglichen Korallenriffe seien abgestorben. Wesentlich trage dazu der Anstieg der Wassertemperatur bei, worauf Korallen äusserst empfindlich reagierten.

Auch der neue Präsident im alten Gleis!

Nun führt auch der neue Präsident Bush die alte CO₂-Politik seines Vorgängers weiter! Er lehnte verschärfte Grenzwerte für den CO₂-Ausstoss aus Kraftwerken ab und verriet damit eines seiner wenigen Wahlversprechen im Bezug auf den Umweltschutz! Das Brechen seines Wahlversprechens begründete er mit dem kürzlichen Zusammenbruch der Stromversorgung in Kalifornien.

Fleisch vom Bio-Bauernhof, der beste Schutz vor BSE

Nach menschlichem Ermessen kann BSE auf dem Biobauernhof nicht vorkommen. Dass die BSE-Gefahr bei Biotieren praktisch null ist, zeigt auch die Statistik. Von den 370 BSE-Erkrankungen in der Schweiz ist der BIO SUISSE ein einziger Fall in einem Biobetrieb bekannt. Dies ist nicht erstaunlich! Die Verfütterung von Tiermehl an Rinder war im Biolandbau nie ein Thema! BIO SUISSE appelliert daher besonders an die kritischen Konsumenten: «Wenn schon Fleisch – dann Bio-Fleisch.» Der Absatz von Bio-Fleisch befriedigt zur Zeit trotz BSE-Krise pikanterweise keineswegs. Dies obschon das Angebot vorhanden wäre.

Der einzige BSE-Fall in einem Biostall geht auf das Jahr 1996 zurück. Der betroffene Bauer fütterte das Tier zwar mit Biofutter,

hatte das Tier allerdings einige Jahre zuvor zugekauft. Inzwischen hat BIO SUISSE den Zukauf von Tieren aus konventioneller Zucht streng geregelt. Neu gilt die Vorschrift, dass bis ins Jahr 2002 mindestens 90% aller zugekauften Tiere von einem Biohof stammen müssen und der Zukauf von konventionellen Tieren nur noch in Ausnahmefällen gestattet ist. Noch fehlt es im Biolandbau teilweise an biologischen Zuchtieren. Die Forschung und die Zucht von Biozuchtieren laufen daher auf Hochtouren. Ziel ist es, möglichst rasch die biologischen Kreisläufe bis ins letzte Glied zu schliessen.

Bio-Fleisch noch zu wenig bekannt

Bio-Fleisch ist eine konsequente Alternative für verunsicherte Ver-

braucher. Zumindest die Anzahl der Verkaufspunkte entwickelt sich erfreulich. Zahlreiche Knospenhöfe bieten Fleisch ab Hof an, rund 30 gewerbliche Metzgereien haben ein breites Biofleischsortiment, und unter den Bioläden bieten sehr viele Fleisch verpackt oder offen an. Die Zahl der Verkaufsstellen von Bio-Fleisch ist bei den Grossverteilern auf 80 bei der Migros und 60 bei Coop angestiegen. Aus der Sicht der Biobauern ist die heutige Situation jedoch leider sowohl quantitativ als auch preislich keineswegs befriedigend. Für viele

ist der Mehrpreis von Bio-Fleisch gegenüber konventionellem Fleisch zu klein. Ihr besonderer Einsatz für die artgerechte Haltung und die Mehrkosten für das Biotierfutter werden zu wenig abgegolten.

Der Handel mit Biotieren in der Schweiz hat sich noch nicht richtig etabliert. Nun hat BIO SUISSE im vergangenen Dezember einen «Bio-Fleisch-Pool» mitgegründet mit dem Ziel, mehr Sicherheit und Transparenz in den Biofleischmarkt zu bringen.

BIO SUISSE

die bedrohten Arten. In der Gruppe der besonders bedrohten Tiere stieg die Zahl der Affenarten von 13 auf 19, die der Schildkrötenarten von zehn auf 24. Vor vier Jahren waren drei der 16 Albatrosarten akut bedroht, heute sind es alle. Insgesamt sind mehr als 11'000 Tier- und Pflanzenarten auf der Welt vom Aussterben bedroht, in praktisch allen Fällen auf Grund des Einwirkens von Menschen. Die Lage hat sich in allen Bereichen drastisch verschlimmert. Jede vierte Säugetierart ist vom Aussterben bedroht, ebenso zwölf Prozent der Vogelarten. Besonders schlimm ist

die Lage in Indonesien, Indien, Brasilien und China. Die Zerstörung natürlicher Lebensräume ist dafür in den allermeisten Fällen verantwortlich.

Das weltweite Budget für den Umweltschutz müsse derzeit rund zwei Milliarden Dollar verzehnfacht, vielleicht sogar verhundertfacht werden, um den Trend aufzuhalten, berichtete die Union (IUCN). Nach Schätzung der Union sind insgesamt 1,75 Millionen Tier- und Pflanzenarten bekannt und registriert. Das seien aber wahrscheinlich nur zehn bis 20 Prozent der tatsächlichen Vielfalt.

Das Wachstum der Weltbevölkerung

Nach Berechnungen der Bevölkerungsabteilung der UNO wird die Weltbevölkerung in den nächsten 50 Jahren von 6,1 Milliarden heute auf 9,3 Milliarden anwachsen. Das ist mehr als frühere Berechnungen ergeben haben. Das weitaus grösste Wachstum erwartet die UNO in Afrika, etwas weniger in Asien. Mit deutlich weniger Wachstum ist in Lateinamerika zu rechnen. Auch für die USA rechnet die UNO mit einer Bevölkerungszunahme, nämlich von heute 283 Millionen auf 400 Millionen. Diese Zunahme ist

hauptsächlich auf eine anhaltende Einwanderungsbewegung, weniger auf einen Geburtenüberschuss zurückzuführen. Mit nur wenig Wachstum ist in Ozeanien zu rechnen. Für Europa und Japan rechnet die UNO hingegen mit einer Bevölkerungsschrumpfung. Das grösste Wachstum sei in den 48 ärmsten Ländern zu erwarten, nämlich eine Verdreifachung! Im Jahr 2050 werden 90 Prozent der Weltbevölkerung in so genannten Entwicklungsländern wohnen, jeder sechste Mensch in Indien!

Wie schweizerisch sind Schweizer Lebensmittel?

Am 1. April 2000 trat im Bereich Lebensmittel eine neue Verordnung in Kraft: mit der Rohstoffdeklarationsverordnung wird geregelt, in welchen Fällen auf der Verpackung eines Produktes angegeben werden muss, woher der Hauptrohstoff stammt. Um diese

Bestimmung zu veranschaulichen und zu zeigen, was heute unter einem in der Schweiz hergestellten Lebensmittel zu verstehen ist, wurde ein Faltpapier hergestellt. Es kann gratis bei der BBL-EDMZ bestellt werden.

Bundesamt für Gesundheit

So nicht! – Wirklich nicht?

Unter dem Titel «So nicht!» ist in der Schweizerischen Ärztezeitung vom 21. März 2001 folgende Geschichte abgedruckt:

Vor einigen Tagen gelangte eine Medizinstudentin in fortgeschrittenem Semester mit folgender, nahezu unglaublicher Geschichte an die FMH: Im Anschluss an eine Fortbildungsveranstaltung fragte sie einen anwesenden Klinikleiter, wie sie sich um eine Assistentenstelle an seiner Klinik zu bewerben hätte. Sie erhielt daraufhin zur Antwort, dass sie sich als Schweizer Ärztin gar nicht erst zu bewerben brauche. Mit Inkrafttreten der bilateralen Verträge stünde nämlich der Anstellung von ausländischen Ärztinnen und Ärzten nichts mehr im Wege. Diese seien in verschiedener Hinsicht die attraktiveren Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmer. Im Klartext heisst dies: «Assistenten zu Dumpinglöhnen».

Es folgt ein Kommentar, der kaum schwächer sein könnte und im Grossen und Ganzen sich auf einen Appell an den guten Willen der Entscheidungsträger beschränkt.

Kommentar des Schweizer Demokraten: Vermutlich geschehen auch in andern Berufen ähnliche Vorkommnisse. Das haben wir eben nun mit unserer bevölkerungsmässigen Überfremdungspolitik, der Ablehnung aller Volksinitiativen gegen noch mehr Einwanderung und der Rassismus- Massenhysterie, die wir ebenfalls aus dem Ausland importiert haben!

Dr. med. Jean-Jacques Hegg, a. Nationalrat

Stärkere Erderwärmung befürchtet!

Bis zu sechs Grad in den kommenden 100 Jahren

Washington, 26. Okt. (Ap): Die Erde wird sich nach Ansicht von Wissenschaftlern wesentlich stärker erwärmen als bisher angenommen. Die internationale Wissenschaftlergruppe IPCC, die im Auftrag der Vereinten Nationen den Klimawechsel erforscht, kommt in ihrem neuesten Bericht ausserdem zu dem Schluss, dass die von Menschen verursachte Umweltverschmutzung einen «wesentlichen Beitrag» zum Treibhauseffekt leistet. Sollte der Ausstoss der Treibhausgase weltweit nicht sinken, prophezeien sie für die kommenden 100 Jahre einen Temperaturanstieg bis zu sechs Grad Celsius. Die Forscher sind sich zudem einig, dass die Treibhausgase bereits für die Erderwärmung der vergangenen 50 Jahre verantwortlich sind.

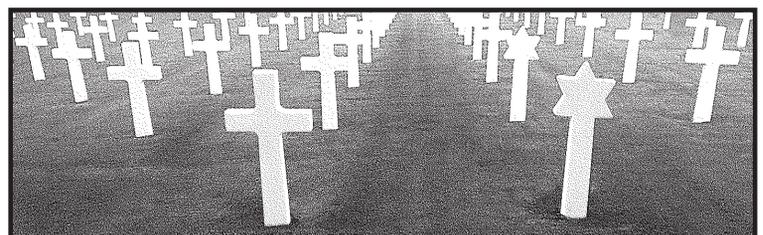
Die hohe Prognose für die künftige Erderwärmung begründen sich auch auf dem künftig niedrigeren Ausstoss von Sulfaten. Diese hatten eine kühlende Wirkung auf das Klima, sollen wegen anderer Umweltbedenken jedoch reduziert werden. «Dieser Bericht sagt ganz deutlich, dass die globale Erwärmung ein wirkliches Problem ist, das wir bei unseren Zukunftsplänen berücksichtigen müssen», sagte Kevin Trenberth, Chef der Abteilung für Klimaanalyse beim amerikanischen Zentrum für Atmosphärenforschung am Mittwoch.

Der IPCC-Bericht wird in dieser Woche weltweit an die Regierungen geschickt, im Frühjahr kommenden Jahres soll er von der UN-Konferenz gebilligt werden.

Immer mehr Spezies bedroht!

Die Zahl der akut vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten ist nach Angaben der internationalen Naturschutzunion (IUCN) in den vergangenen vier Jahren dramatisch gestiegen.

In den höchsten zwei Gefährdungsklassen stehen nun 520 statt 484 Säugetier- und 503 statt 403 Vogelarten. Die alle vier Jahre veröffentlichte Rote Liste gilt als das umfangreichste Standardwerk über



Schweizer Söhne für fremde Händel opfern?

Schweizer Soldaten sind für den Krieg gerüstet, um die Freiheit der Schweiz zu schützen. Dafür müssen sie notfalls ihr Leben einsetzen. Aber wir opfern unsere Männer und Söhne nicht für fremde Kriegshändel. Denn aus Kriegen kommen Soldaten als Verwundete, Kranke oder Tote zurück. Deshalb spielt man nicht mit Kriegen.

10. Juni

2x NEIN zum Militärgesetz

Darum: **Keine Schweizer Soldaten ins Ausland! Keine ausländischen Soldaten in der Schweiz!**

Überparteiliches Komitee «Friedensplatz Schweiz»

www.militaergesetz-nein.ch



Kanton Aargau



Ist Hass schweizerisch?

Im Herbst 2000 – im Vorfeld zur 18%-Initiative – hatte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) eine Inseraten-Kampagne gestartet mit dem Haupttitel «Fremdenhass ist unschweizerisch», wobei das Inserat so gestaltet war, dass die drei Worte «Hass ist schweizerisch» ganz deutlich in Grossbuchstaben und schwarz auf weiss hervorstachen. Ich hatte damals eine Klage gegen den SGB wegen Rassismus im Sinne des sog. «Anti-Rassismus-Geset-

zes» (ARG) eingereicht. Was ich schon in meiner Klageschrift vermutet hatte, ist nun eingetroffen: Die Staatsanwaltschaft des Kantons Aargau ist auf meine Klage nicht einmal eingetreten (!), weil «das Inserat als Ganzes gesehen werden müsse und es sich hier auch nicht um eine Verletzung des Anti-Rassismus-Gesetzes ARG handle». Dieses «Urteil», beziehungsweise dass auf meine Klage nicht einmal eingetreten worden ist, verwundert die Kenner des ARG nicht. Typisch ist auch, dass dieser Entscheid von der Staatsanwältin Frau B. Peterhans gefällt worden ist, die schon während ihrer Tätigkeit als Gerichtspräsidentin in Baden durch sonderbare «Urteile» unangenehm aufgefallen war. Frau Peterhans und der schweizerischen Gerichtsbarkeit möchte ich aber dennoch für dieses Nichteintreten auf meine Klage herzlich danken. Jetzt weiss auch der letzte gutgläubige Schweizer, dass das ARG kein Gesetz gegen Rassismus ist, sondern eines gegen die Schweizerinnen und Schweizer. Schweizer dürfen offenbar im eigenen Land verunglimpft werden, ohne dass die Täter dafür belangt werden können. Es wäre interessant, ein ähnlich gestaltetes Inserat, wo Ausländer in gleicher Weise angegriffen würden, zu publizieren. Ich bin sicher, der Auftraggeber müsste im Rahmen des ARG mit einer harten Bestrafung rechnen.

Dr. D. Najman, Grossrat, Baden

Anzeige

Das Buch
«Biopolitik»

unseres Redaktionsmitgliedes
Dr. med. Jean-Jacques Hegg ist
erschienen!

Zum Preis von Fr. 44.– ist das Buch beim Verlag, Edition Hans Erpf, Postfach 6018, 3001 Bern, oder beim Verfasser, Dr. Jean-Jacques Hegg, Greifenseeestr. 35, 8600 Dübendorf, erhältlich.

Voranzeige

40 Jahre Schweizer
Demokraten

Die diesjährige **1.-August-Feier** unserer Partei findet in der **Ostschweiz** auf dem **Aussichtsberg Nollen** statt. Wir wollen eine etwas grössere Feier veranstalten und gleichzeitig unser 40-jähriges Bestehen als Partei feiern. Reservieren Sie sich das Datum für diesen von der SD-Sektion Wil organisierten Anlass schon heute. Detailinformationen folgen in einer nächsten SD-Zeitung.

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Bezirkspartei Bremgarten Sektion Kulm Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung Baselland	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof» Voranzeige: Die diesjährige Generalversammlung findet am Dienstag, 8. Mai, 19.30 Uhr statt. Ordentliche Geschäfte / Parolenfassungen; schriftliche und detaillierte Einladung erfolgt persönlich.
Bern 	Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Ob- und Nid Aargau / Mittelland / Emmental Sektion Schwarzenburg / Seftigen / Laupen Sektion Thun / Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat in einem Saal im Restaurant Dufour, St. Gallen Info-Abend am 14. Mai 2001, 20.00 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil. Ausflug ins Zürcher Oberland am Sonntag, 20. Mai. Besammlung beim Restaurant Fass in Wil um 9.25 Uhr
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzger, Walderstr. 19, Hinwil Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss



Kanton Bern



Die Zerstörung des Rechtsstaates Schweiz

(Wenn wir das Feld der Classe politique überlassen)



René Liechti,
Grossrat,
Isonfluh BE

Wir Schweizer leben heute im Jahr 2001 in einem rapid sinkenden Rechtsstaatswesen. Unser Land, das ich sehr liebe und auf das ich immer noch stolz bin, obschon ich nur als kleiner Bürger bezeichnet werde, wird heute angeführt von verantwortungslosen und unfähigen Leuten.

Es ist doch nicht normal, dass die Regierung unseres zivilisierten Landes einen Amtseid ablegt, mit dem sie sich verpflichtet, die Unabhängigkeit des Landes zu wahren, und gleichzeitig als Fernziel ihrer Politik den Anschluss an die EU, UNO und NATO ausruft.

In vollem Bewusstsein, Abstimmung vom 4. März 2001, dass das Schweizervolk der EU nicht beitreten will, hält Bundesrat Deiss am Abstimmungssonntag bis heute, an seinem Beitrittsziel fest.

Sind solche Bundesräte eines Rechtsstaates Schweiz noch würdig und tragbar? Wo sind unsere Volksvertreter im Nationalrats- und Ständeratssaal, die solche Elemente wegen Meineids und Undemokratie aus dem Bundesrat werfen? Der nächste Angriff auf unser Land und unseren Rechtsstaat folgt am 10. Juni 2001, den Sie, werte Stimmbürger und Stimmbürgerinnen, mit einem zweifachen NEIN abwenden werden.

Das Schweizervolk hat vor noch nicht langer Zeit die Entscheidung von «Blauhelmen» in kriegerische Krisengebiete verweigert. Wir leisten enorme humanitäre Hilfe, was einem neutralen Land wie der Schweiz auch ansteht.

Heute sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass unter der dubiosen Bezeichnung «Swisscoy» eine schweizerische Söldnertruppe, welche weder in der Verfassung noch im Militärgesetz vorgesehen ist, im Kosovo tätig ist.

Noch vor ein paar Jahren wurden Söldner, die in die Fremdenlegion gingen, mit Bussen und Gefängnis bestraft. Wie verhält es sich heute, und im besonderen mit den Anstiftern? Der Bundesrat ist ohne Volksbefragung eine «Partnerschaft für den Frieden» mit der NATO eingegangen.

Jeder Krieg wird für den «Frieden» angezettelt

Auch der letzte Weltkrieg hat so angefangen. Die Sowjetunion hat seit dem letzten Weltkrieg bis zu ihrem Zusammenbruch fast alle Jahre ein Land aus «Friedensgründen» eingenommen.

Der grösste Garant für Sicherheit und Frieden für unsere Schweiz ist eine starke Verteidigungs-Armee und eine hundertprozentige Neutralität. Offenbar haben gewisse Leute aus der Geschichte nichts gelernt, oder sind sonst sehr vergesslich!

Schweizerische Truppen nehmen an NATO-Manövern im Ausland teil, und fremde Truppen üben in der Schweiz. Das ist ein Verstoß gegen unsere Bundesverfassung und unsere immerwährende Neutralität. Dass das Fernbleiben von fremden Händeln ein Grundstein der Eidgenossenschaft ist, wird von der Machtgelüsten beseelten, verantwortungslosen und offenbar gesetzeslosen Regierung vergessen.

Was wäre wohl passiert, wenn unsere Väter im letzten Weltkrieg, statt an der Grenze zu stehen und unsere Heimat zu verteidigen, mit Hitler gegen Russland oder mit Rommel in die afrikanische Wüste gezogen wären?

Sie wären sicher von Hitler auch «gelobhudelt» worden, wie es heute die UNO und die NATO mit unseren hohen Offizieren, Politikern und Bundesräten tun.

Unsere weltweit bewunderte Neutralität, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Milizarmee und Freiheit wären verloren gegangen, aber das wollen unsere so gebildeten Herrschaften in der «Classe politique» aus Eitelkeit und Eigennutz weder einsehen noch wahrhaben, obschon sie es durch den abgelegten Eid versprochen haben und es in der Bundesverfassung verankert ist.

Das Schweizervolk hat am 4. März 2001 mit seinem fast 80%igen NEIN zum EU-Beitritt klar dargelegt, dass es sich nicht fremden Mächten und Gesetzen unterwerfen will.

Am 10. Juni 2001 wollen der Bundesrat und seine fremdhörigen Politiker es nun über das Militärgesetz versuchen. Unsere bewährte Verteidigungs- und Milizarmee wird abgebaut und soll in fremde Kriegsdienste geschickt werden.

Unsere auf Abwehr spezialisierte Armee soll in eine Angriffsarmee der UNO und NATO integriert werden. Die Befehle werden direkt oder indirekt an unsere jungen Sol-

daten von fremden Befehlshabern erteilt.

Es geht bei dieser Abstimmung um weit mehr, als ein paar bewaffnete Soldaten in den Kosovo zu schicken.

Wann werden unsere Bundesräte, Politiker und hohen Offiziere für das verräterische, unabhängigkeitsschädigende Handeln am eigenen Volk und Land zur Rechenschaft gezogen?

Haben Sie, werte Mitbürgerinnen und Mitbürger, Kinder gezeugt, geschult und zu rechten Menschen erzogen, dass sie dann von unserer Regierung in fremde Kriegsdienste geschickt werden?

NEIN, wenn diese Damen und Herren der Politik dies wollen, sollen sie gefälligst selber gehen.

Militärgesetz-Teilrevision

Leitet den Anschluss der Schweizer Armee an die NATO ein. Zerstört das Konzept der eigenständigen Schweizer-Widerstandsarmee definitiv. Stellt die Weichen von der Milizarmee zur Berufsarmee. Unterstellt die Schweizer Armee faktisch der NATO, womit der NATO-Beitritt unausweichlich wird.

Am 10. Juni 2001 geht jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger an die Urnen, der seine Kinder und seine Heimat liebt und stimmt zur Militärgesetz-Teilrevision

2 x NEIN



Zürich

SD: Referendum gegen Lockerung der Einbürgerungsvorschriften

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat an einer seiner letzten Sitzungen mit Befriedigung vom wuchtigen Nein des Volkes zur Abschaffung der Einbürgerungsgebühren Kenntnis genommen.

Der aussergewöhnlich hohe Anteil der Nein-Stimmen (79%) zeigt, dass die rasante Zunahme der Einbürgerungen und die Praxis der Stadtbehörden, auch wenig assimilierten Ausländern das Bürgerrecht zu erteilen, beim Volk auf immer breitere Ablehnung stossen. Die Erklärung des Stadtrates, diese Politik trotzdem weiterzuführen und sogar weitere Lockerungen der Einbürgerungsvorschriften anzustreben, bedeutet eine krasse Missachtung und Verhöhnung des Volkswillens.

Die Schweizer Demokraten fordern, dass diesem endlich Rechnung getragen wird und ab sofort nur noch BewerberInnen eingebürgert werden, die sprachlich und kulturell voll angepasst sind. Sie werden gegen jede Revision der einschlägigen Richtlinien, welche

weitere Erleichterungen der Einbürgerung beinhaltet, das Referendum ergreifen.



Basel-Land



Volksohr

Peter Brunner von den Schweizer Demokraten hat es derzeit besonders streng: Er schreibt nicht nur nach wie vor haufenweise

Vorstösse für seine Landratsfraktion, als Präsident des Kantonsparlamentes ist er auch fast jeden Abend an einem Anlass anzutreffen. Rund 180 Einladungen habe er in seinen bisher sieben Monaten als höchster Baselbieter erhalten, schnappte «Volksohr» am Kundenapéro der Migrobank in Liestal auf. Und rund 140 Veranstaltungen habe er bisher besucht; er führe darüber eine Statistik. Brunner ist auf dem besten Weg, die Marke von Robert Schneeberger zu pulverisieren. Schneeberger besuchte in seinem «Preesi»-Jahr immerhin auch 163 Anlässe.

aus «Volksstimme» vom 20. Februar 2001



St. Gallen

Sektion Wil

Die Selbstbestimmung schützen

An der Hauptversammlung vom 2. März der Schweizer Demokraten im Restaurant Fass ging der Präsident Hans Wohlwend auch auf unsere Neutralität ein.

Neutralität verlieren, heisst mitmarschieren

Die Neutralität, so Wohlwend, die unserem Land seit gut 200 Jahren den Frieden sichert, dürfe doch nicht so leichtfertig aufgegeben werden. Und er zweifle, ob dies der heutigen EU nur annähernd gelingen wird. Denn der Religionskrieg in Irland, die kriegsähnlichen Zustände im Baskenland oder der NATO-Einsatz in Jugoslawien und der Boykott gegen Österreich zeigen doch eher ein bedrohendes Bild. Darum seien wir aufgerufen, unsere Souveränität und Neutralität zu sichern und alles zu unternehmen, um einen EU-, UNO- und NATO-Beitritt zu verhindern.

Wohlwend bleibt Präsident

Gemeinderat Hans Wohlwend wurde als Präsident wiederum einstimmig gewählt. Ebenso der übrige Vorstand, bestehend aus Marcel Haag, Vizepräsident, Marcel Camenzind, Aktuar, Dora Wohlwend, Kassierin, und Heidi Egli, Karrierefürerin.



Kanton St. Gallen



Hauptversammlung mit Flavio Maspoli

Eine erfreuliche Anzahl Mitglieder und Sympathisanten fanden sich am 3. März zur 34. Hauptversammlung ein im festlich geschmückten Saal mit Schweizerfahnen und Primeln in den Landesfarben.

Präsident Paul Buob spricht in seinem Jahresbericht die Sorgen der Landwirte an, sowohl die naturbedingten wie die politischen, als da sind die riesige Ausbreitung des Feuerbrandes bei ihren Obstbäumen, die Rinderseuche BSE sowie verschiedene Umweltsünden, verursacht durch den Menschen. Er erinnert an die zurückliegenden Wahlen, die diesmal leider nicht den Erfolg von früher wiederbrachten. Er sagt aber ganz richtig, dass politisieren und recherchieren alleine wenig bringt, wir müssen auch als Partei bei den Wahlen antreten, damit das Volk unsere langjährige Arbeit honorieren kann. Er erinnert dabei an unsern Kampf gegen das Anti-Rassismogesetz, gegen die neue Bundesverfassung (gewisse Artikel) und für die 18%-Initiative. Mit diesen

Einsätzen sind wir immer unserer Linie treu geblieben, nämlich für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz zu kämpfen und für das Selbstbewusstsein der Bürger. Der Kassier musste leider eine Verminderung unseres Vermögens aufzeigen, bedingt durch grössere Ausgaben anlässlich der Wahlen und der verschiedenen Abstimmungen. Allerdings darf er auch recht zahlreiche Spenden verdanken.

Bei den Wahlen wird Präsident Paul Buob für eine neue Amtsdauer wiedergewählt, ebenso der weitere Vorstand.

Am Platz mit den roten und blauen Primeln hat sich Flavio Maspoli eingefunden. Zu unserer grossen Freude hatte sich der Nationalrat der LEGA als Gastredner zur Verfügung gestellt! Es ist so viel passiert in den letzten 10 Jahren, sagt er, und diejenigen, die damals leise waren, sind jetzt laut und zahlreich geworden. Vor 60 Jahren hat die Schweiz standgehalten! Unsere heutigen Politiker wünschten wir uns auch fähig genug um zu sagen:



(von links:) Aktuarin E. Küffer, Kassier H. Bösigler, unser Gastreferent Flavio Maspoli, Vizepräsident R. Uhler

«Nein, wir wollen uns nicht überall anpassen und unsere Freiheiten aufgeben.» Wir haben nämlich, im Gegensatz zur EU, die BSE-Krise schon lange erkannt. Ebenso wollen wir das Bankgeheimnis behalten und zudem unsere Armee im eigenen Land einsetzen, keinesfalls uns in fremde Händel mischen. Wir wollen auch die Landwirtschaft nicht noch mehr unter Druck setzen, nur weil in Massen und sehr billig produziert werden sollte.

Die SD haben sehr viel erwirken können, fährt er weiter, z.B. ganz alleine die Lockerung der Lex Friedrich verhindern können. Trotz allem wurden ihre Spitzen-National-

räte R. Keller und H. Steffen knapp nicht wiedergewählt und so haben die SD und die LEGA ihre gemeinsame Fraktion verloren. Mit unserer bewährten guten Politik, mit einer grünen und sozialen Ader, sollten wir wieder eine Fraktion im Nationalrat zustande bringen, denn die Bürger, die wir immer vertreten haben, bilden die grösste Schicht im Land.

Unserem sympathischen, volksverbundenen Gastredner wurde grosser Applaus gespendet. Nach eifriger Diskussion wurde die Hauptversammlung mit einem kleinen Nachessen beendet.

Der Präsident



Kanton Thurgau



Fluglärm und St. Florian!

Ist es chic, gegen Fluglärm Stimmung zu machen? Nicht nur Grüne schreiben Einsprachen. Auch die Thurgauer Regierung wollte dem Bürger beweisen, dass ihr angeblich das Ruhebedürfnis des Volkes heilig ist. Wieder andere beweisen ihre Bürgernähe mit einem Werbezug für generell Tempo 30 innerorts. Leider haben viele dieser Protestierer nicht ganz ehrliche Argumente. Einerseits möchte man Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitsplätze und damit höhere Steuereinnahmen und andererseits schlägt man das Huhn (Flughafen und Flugbetrieb), das die goldenen Eier legt. Auch die Grünen und die Thurgauer Regierung sind für Öffnung und freien Personen- und Lasterverkehr eingetreten. Sie plädieren für einen Asylleerlauf als Einwanderungshintertüre, für noch mehr Einwanderung und für ein Mini-Europa rund um den Bodensee (Euregio) und damit den Abbau der kontrollierten Grenzen, um dann völlig hirn- und sinnlos die logisch folgenden Auswirkungen ihres Tuns natürlich medienstark und lauthals zu bekämpfen. Wie gelegen kommen da doch Einsprachen gegen Flugrouten über dem Thurgau. Oder Einschränkun-

gen des Verkehrsmittels «generell 30 innerorts!» Selbst eine unsinnige Kehrichtsackgebühr wurde erlassen, um die Berge von Abfällen zu bekämpfen. Reduziert wurde allerdings weniger die Abfallmenge, als vielmehr die ordentlich entsorgten Abfälle. Dafür konnten Wald-, Wiesen- und andere unerwünschte Entsorgungen massiv gesteigert werden... Wie aber, so frage ich, kann mit derart faulen Tricks Politik gemacht werden? Wer wirklich die Umwelt schonen will, muss dafür sorgen, dass weniger Lastwagen, Personen und Flugzeuge die Umwelt belasten! Alles andere ist doch reine Augenwischerei und Selbstbetrug erster Klasse! Von Grün-Beweisen oder Volksnähe der Regierung kann doch gar keine Rede sein.

Willy Schmidhauser,
Präs. SD Thurgau, Dettighofen

Gottgegebene
39,4 % – Mafia
im Thurgau?

Schweizer Demokraten hoffen, dass jetzt endlich die 7 Jahre Ruhe anbrechen, die vom Bundesrat bei der Abstimmung zu den Bilateralen Verträgen versprochen wurde. Ebenso zwingend wäre der Rück-

zug des bundesrätlichen Beitritts-gesuches zur EU! Den Thurgauer Politikern und Medienleuten sei einmal mehr das Abstimmungsresultat auf kantonaler Ebene vor Augen geführt! Schon bei der letzten Abstimmung zum Obergericht – die SD Thurgau hatte als einzige Partei die NEIN-Parole ausgegeben – ergaben sich über 40% Nein. Diesmal haben wir Stimmfreigabe ausgegeben, aber klar aufgezeigt, dass man so einfach nicht mit dem Stimmbürger umgehen sollte. Damit ist erneut bewiesen, dass die Unterdrückung der Opposition – und zwar auf allen Ebenen – langfristig der falsche Weg sein wird. Die 39,4% Nein sind bestimmt nicht gottgegeben; sie sind einmal mehr Zeichen für die breite Unzufriedenheit im Thurgau! Unbedingt aber sollte im Nachlauf zur Abstimmung vom 4. März 2001 die Werbekampagne gegen die Denner-Initiative untersucht werden. Viele Politiker aus dem Thurgau hatten mit immer gleichen Inseraten und kleinen Leserbriefen gegen die Denner-Initiative Stimmung gemacht und zwar teils mit fragwürdigen Argumenten. Die SD-Thurgau war klar gegen eine Preisinsel Schweiz und konnte nie verstehen, dass diese «Volksvertreter», die bisher nie müde wurden uns die Öffnung der Märkte zu predigen, nun für die gleichen Medikamente in der Schweiz einfach viel mehr bezahlen wollten. Aufmachung, Grösse und Schrifttypen der

Inserate, aber auch die Gestaltung der Texte und immer gleichen Fotos der Politiker, lassen auf eine gezielte, überparteiliche Regie schliessen. Frage: Haben hier unsere lieben «Volksvertreter» gezielt Werbung für eine Chemie-Lobby gemacht? Vielleicht für den privaten Werbeeffect oder gegen Geld für private Zwecke zuhanden der Parteikasse? So oder so wären dies Mafia-Methoden, die dringend aufgedeckt werden müssten. Genau da aber hapert es mit den Journalisten! Warum haben all die sonst so tüchtigen Recherchier-Journalisten keinerlei Interesse an dieser Geschichte – warum wohl?

SD Thurgau

Rote und
Grüne lieben
Familien?

Jetzt rühren Sozis, Grüne und selbsternannte Familienfreunde wieder einmal die Werbetrommel. Höhere Kindergelder, grössere Steuerabzüge und weniger «Knausrigkeit in der Sozialpolitik» heissen ihre lauten Forderungen. Doch das hindert diese Leute überhaupt nicht, gleichzeitig und seit Jahren für den EU-Anschluss zu hausieren. In dieser EU gibt es eine total familienfeindliche und asoziale Mehrwertsteuer von mindestens

16%. Offenbar sehen sie da überhaupt keine Zusammenhänge! Die von ihnen propagierten Bilateralen Verträge bringen den freien Personen- und 44-Tönnner-Verkehr. Weil noch mehr Menschen in unser kleines Land strömen werden, wird alles nur noch teurer. Gleichzeitig werden die Löhne sinken, denn Einwanderer werden billiger arbeiten. Working poor haben wir schon vor Jahren im grossen Stile vorausgesagt und vor dieser total kontraproduktiven Entwicklung – vor allem für Familien – gewarnt. Höhere Kindergelder und direkte Subventionierung von Familien erhöht einzig die Attraktivität für noch mehr Einwanderer und Nutzniesser aus aller Welt. Hören wir doch nicht auf die einfältigen Empfehlungen der rot-grünen Familienplaner. Machen wir eine kluge und weitsichtige Politik, die Familien stärkt und die familienfeindliche Mehrwertsteuer dorthin schickt, wo sie hingehört, nämlich ins Pfefferland! *Kantonale Parteileitung Schweizer Demokraten*

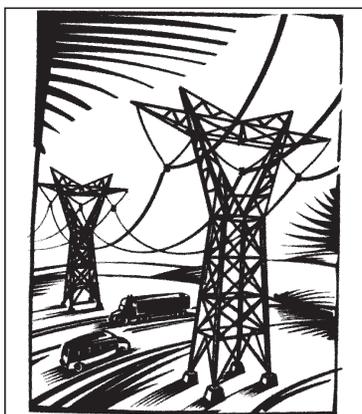


Basel-Stadt

WELCOME in Basel

«WELCOME!» – also englisch – sind die dunkelblauen Plastiküberwürfe (fester Plastik – hinten mit einem Malschlösschen zusammengehalten) beschrieben, welche seit Mitte März an den Ruhebänken am Basler Äschengraben prangen. Die Überfremdung unseres Landes treibt immer seltsamere Blüten. Wir fragen uns: Weshalb müssen diese Ruhebänke mit blauem Plastik eingepackt werden? Wer hat das veranlasst? Was kostete diese «Übung»? Ist Basel bereits eine englische Stadt, weshalb man «welcome» schreiben muss? Warum wird unsere Sprache und Kultur mit immer mehr Englisch verunzelt? *Basilisk*

Unsere zukünftige Landschaft?



Hugo Mahler in: *Natur + Mensch*



Teilerfolge für die SD im Nationalrat: Der Bundesrat will einen SD-Vorstoss, welcher den **Strafvollzug im Heimatland bei ausländischen Straftätern** vorsieht, in der unverbindlicheren Postulatsform entgegennehmen. Insbesondere anerkennt er, dass die durch Bernhard Hess geforderte Strafverbüssung im Heimatland auch eine «gewisse Entlastung schweizerischer Strafvollzugsanstalten erreichen könnten».

Ausserdem zwingt eine SD-Interpellation den Bundesrat zu einer **Neubeurteilung des BSE-Risikos**. Es dürfen neu keine tierischen Organe importiert werden, die in der Schweiz nicht als Lebensmittel zugelassen werden. Der Bundesrat benutzte die Ausführungen auch noch dazu, auf die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche einzugehen und kündigte nochmals an, die

Grenzen für Tierimporte dicht zu machen.

Brisant ist die SD-Interpellation betreffend des **Verkaufs der Satellitenanlage in der Leuk an die US-amerikanische Gesellschaft Verestar**. Der Bundesrat verneint, dass die Swisscom beim Verkauf der Satellitenschüsselanlagen (in der Leuk, Basel, Genf und Zürich) die Sicherheitsbestimmungen verletzt hat. Neben Bernhard Hess teilen aber zwölf weitere Parlamentarier (hauptsächlich aus dem linken Lager!) die Befürchtungen auch von Militärexperten, dass Verestar zu den Firmen gehört, welche die NSA mit ihrer Infrastruktur beim internationalen Abhörprojekt Echelon unterstützen. Die Parlamentsdebatte im Mai verspricht Spannung und grosses Medieninteresse.

SD-Parlamentarier Hess zeigt zudem ein Herz für den Tierschutz.

Motion Bernhard Hess(SD)

Artgerechte Pferdehaltung

Der Bundesrat wird aufgefordert, rechtsverbindliche Richtlinien in die Tierschutzverordnung aufzunehmen, welche eine artgerechte Pferdehaltung vorsehen.

Begründung

In der Schweiz werden rund 55'000 Pferde gehalten. Pferde sind – mehr als Schweine und Kühe, deren Haltung in der Tierschutzverordnung geregelt ist – Sympathieträger des Menschen; namentlich die Freizeitpferde, die einen immer grösseren Anteil des Bestandes ausmachen. Dennoch enthält die Tierschutzverordnung keine Bestimmungen über die Pferdezucht, und auch die Bundesbeiträge an verschiedene Haltungskategorien sind an keine tierschützerischen Auflagen gekoppelt. Das Bundesamt für Veterinärwesen hat zwar schon in den achtziger Jahren Richtlinien für die Pferdehaltung erlassen, aber solche Richtlinien haben eher ausbildenden Charakter, als dass sie die Haltungsbedingungen zwingend verbessern könnten. Wenn einmal ein Pferdezüchter verurteilt wird, liegt ein grober Fall von Tierquälerei vor, der jenseits jeder diskutablen Tierhaltung liegt.

Im vergangenen September hat das Bundesamt für Veterinärwesen einen neuen Richtlinienentwurf für eine artgerechte Pferdehaltung in die Vernehmlassung geschickt. Aus diesem Anlass konnten jetzt verschiedene Tierschutzorganisatio-

nen Stellung für artgerechte Pferdehaltung nehmen, zumal eine Recherche in über 30 Reitställen gezeigt hat, dass auch bei den Freizeitpferden, deren Halter sich ihr Hobby einiges kosten lassen, die Haltung der Tiere nicht optimal ist. Um sich unter einer artgerechten Pferdehaltung etwas vorstellen zu können, muss man sich das Leben der Ahnen unserer Hauspferde vergegenwärtigen: Pferde sind in Herden lebende Steppentiere, die einen grossen Teil der Zeit mit dem Fressen von grobem Futter verbringen und rege soziale Kontakte pflegen. Viele Pferde werden aber heute noch in Einzelboxen ohne oder mit zu kurz befristetem Auslauf gehalten. Bedenklicher als in den besuchten Reitställen seien die Zustände bei manchen Pferdelieferanten der Armee: Man treffe die Tiere in alten, dunkeln Anbindeställen mit wenig oder gar keiner Einstreu, wo die Tiere besonders im Winter wochenlang an die Wand starren müssen. Das Tierschutzgesetz verbietet zwar gewisse tierquä-

So hat er eine Motion eingereicht, der eine **artgerechte Pferdehaltung** (vgl. untenstehenden Text) fordert.

SVP-Frauen für Scheinehen!

Aus der Sicht der SD sind noch folgende Entscheide von Bedeutung: Ausserst knapp wurde eine CVP-Motion verworfen, welche künftig ein **Mitspracherecht für Anti-Rassismus-Organisationen** bei Rassismustprozessen vorsah. Diesem Ansinnen stimmte bei der SVP einzig **Ursula Haller (SVP/BE)** zu. Sogar die FDP stimmte geschlossen gegen diesen gefährlichen Vorstoss. Eine Motion, welche die **Bekämpfung von Scheinehen** vorsah, wurde leider mit 89 zu 83 Stimmen verworfen. Ausschlaggebend war auch hier der Umstand, dass die drei SVP-Damen **Lisbeth Fehr, Brigitta Gadiant**, und wiederum **Ursula Haller** sich gegen griffigere Massnahmen gegen Scheinehen wandten. In diesem Zusammenhang ist übrigens ein SD-Parlamentsvorstoss in Bearbeitung. In der Schlussabstimmung wandte sich Bernhard Hess unter Namensaufruf gegen die **Fristenlösung** und nimmt auch im Referendumskomitee **gegen den Schwangerschaftsabbruch** Einsitz.

lerische Exzesse wie das Schlagen auf Augen und Geschlechtsteile, es fehlen aber klare Bestimmungen über die Haltung der Pferde.

Die neuen Richtlinien des Bundes verlangen für einzeln gehaltene Pferde eine Mindestfläche von 9 – 12 Quadratmetern und eine Deckenhöhe von 3 Metern, dazu Tageslicht oder doch eine Helligkeit von 15 Lux, die Fütterung mit Rauhfutter, Einstreu sowie die Möglichkeit von Sozialkontakten mit anderen Pferden und einen permanent zugänglichen Auslauf. Viele Pferdehaltungen entsprechen in einzelnen Punkten oder als Ganzes nicht diesen Richtlinien. Tendenziell ist die Haltung dort noch schlechter als früher, wo sich die Nutzung vom Arbeitspferd, das wenigstens an die Luft kam, zum Sport- und Freizeitpferd gewandelt hat, die Haltung, zum Beispiel in einem Kuhstall, aber immer noch gleich geblieben ist. Die neuen Pferderichtlinien des Bundes werden die Praxis kaum ändern, da sie nur empfehlenden Charakter haben. Ich verlange deshalb, dass die Richtlinien als rechtsverbindlich erklärt und damit in die Tierschutzverordnung aufgenommen werden.





Presserat

«Jugoslawen-Typ»

sda. Medienschaffende sollten in der Kriminalberichterstattung auf Zuschreibungen verzichten, die eine Nation, Ethnie oder Religion

diskriminieren. Der Presserat hat das Thema aufgrund eines Hinweises aus dem Publikum aufgegriffen, der sich auf ein Beispiel in einer Deutschschweizer Zeitung vom Juni 2000 bezog. Dort hiess es im Zusammenhang mit einem Vergewaltigungsversuch über das Signalement des Täters: «Schmales Gesicht, sprach gebrochen Deutsch, Jugoslawen-Typ». Solche Kennzeichnungen seien eindeutig rassistisch und verstiessten gegen das Diskriminierungsverbot im journalistischen Berufskodex.

Ungeachtet des Wortlauts einer behördlichen Mitteilung sollten Journalisten immer kritisch hinterfragen, ob die Nennung der Nationalität oder Ethnie im Einzelfall verhältnismässig erscheint.

Diskriminierungsverbot für Kriminelle?

Der Presserat hat Medienschaffende zur Verweigerung der Nennung von Kriminellen aufgefordert.

Es ist sehr wohl von Bedeutung, ob ein Krimineller Schweizer oder Ausländer, Mann oder Frau, Kind oder Erwachsener ist. Beispiel: Ein Verbrecher ist ausgebrochen. Wenn es sich um einen Ausländer handelt, hat er allen Grund, sich zu verabschieden, weil er sich in sein Heimatland absetzen kann. Ein Schweizer wird wohl kaum einen Ausbruchversuch wagen. Wo soll er auch hin? Anderes Beispiel: Ein albanischer Drogenhändler wird in der Schweiz zerschlagen. Nichts Ungewöhnliches, sagen Herr und Frau Schweizer. Der Drogenhandel ist ja bekanntlich fest in Albanerhand. Wenn es Russen sind, wird man sich besorgt fragen, ob es sich schon um die Russenmafia handeln könnte. Wenn es sich um Österreicher handelt, dürfte dies wie ein Blitz aus heiterem Himmel kommen. Weiterer Grund: Eine Bank wird überfallen, die Polizei ersucht die Bevölkerung um Mithilfe bei der Suche nach den Tätern. Wie kann sie dies erfolgreich

tun, wenn die Presse nicht mehr schreiben soll, dass die Täter mit gebrochenem Deutsch sprachen und beispielsweise in einem roten Fiat mit italienischen Kontrollzeichen flüchteten? Die Liste könnte beliebig verlängert werden, aber es fehlt uns einfach die Zeit dazu.

Es geht ja nicht darum – wie sie fälschlicherweise schreiben – die Bevölkerung gegen «bestimmte Personen oder Bevölkerungsgruppen aufzuhetzen». Auch das Schlagwort Diskriminierungsverbot ist völlig deplatziert. Die Journalisten haben das Recht und sogar die Pflicht, die Bevölkerung zu informieren. Diese ist nicht so naiv wie der Presserat denkt. Sie kann sich vollkommen selbstständig ein Urteil bilden. Dies bedingt aber auch, dass sie vollkommen und umfassend via Medien informiert wird.

Gefährlich ist bei der ganzen Sache nur eins: Wahrheiten bewusst verschweigen. Dies wäre eine ganz schlimme Art der Manipulation und etwas vom Gemeinsten, was man dem Schweizervolk antun könnte.

Reto Meyer

Die Schweiz und der Raketenschutzschild

Da wollen ein paar Nato-Enthusiasten die Schweiz an diesem Schutzschild beteiligen. Weshalb wohl? Zahler sind bei den USA mit ihrer Nato immer beliebt.

Nun, brauchen wir den «Schild»? Aufgeführt werden da Lybien und Irak. Ich glaube, gerade die Schweiz hat von diesen Ländern nichts zu fürchten, solange wir nicht zur Nato zählen. Auch sehe ich weltweit kein Land, das uns mit Raketen bedroht. Ich habe mehr

Angst vor gewissen EU-Ländern, die uns allerdings mit konventionellen Truppen zur «Raison» bringen würden, wenn es geht. Die allgerösste Gefahr geht nach meiner Ansicht von gewissen Politikern aus, die unsere Armee schwächen und in die Nato einbringen wollen. Ach ja, besieht man sich den Text des Amtseides dieser Parlamentarier, muss man da nicht von Landesverrat sprechen?

Waldemar Greber, Acquarossa

Nur die dümmsten Kälber...

Kürzlich erhielt ich im Briefkasten ein Flugblatt mit dem Absender «Schweizer Bäuerinnen und Bauern». In diesem Schreiben wird an die Bevölkerung appelliert, man möge doch Produkte von Schweizer Bauernfamilien berücksichtigen. Alle Argumente, die für die Schweizer Produkte aufgeführt wurden, waren einleuchtend und begrüssenswert.

Nun erinnere ich mich an den Schweizerischen Bauernverband, der bei der Abstimmung der bilateralen Verträge die Ja-Parole herausgab. Wie viele der Schweizer

Bauern sind bei der CVP Mitglied, bei der Partei, die bekanntlich die Initiative «Ja zu Europa» befürwortet hat. Die Bauern, die solchen politischen Parteien angehören, müssen nicht jammern. Wie heisst es doch: Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber. Ein Bauer, der sein Land liebt, unterstützt die Schweizer Demokraten. Nur die SD setzt sich für die einheimische Landwirtschaft ein. Vielleicht sollte man wieder erwähnen, dass wir früher Nationale Aktion für Volk und Heimat hiessen.

Kurt Koller, Lichtensteig

BSE: Prinzip Abfallminimieren schuld am Rinderwahnsinn

Das Buwal hatte zwischen 1991 und 1994 den Slogan verkündet: «Weniger Konsum, weniger Abfall, weniger Energie = mehr Lebensqualität.» Man hat es zustande gebracht, die Wiederverwertung in möglichst allen Bereichen in Szene zu setzen, so auch im Fleischbereich, wo jeglicher Abfall zu Futtermehl verarbeitet wurde. Während in Argentinien und den USA keine ähnliche Fleischverunsicherung herrscht, in Ländern, in denen aber auch noch nach dem hergebrachten

Naturschutz gelebt und gefüttert wird, erwägt man in der EU eine Notschlachtung von Rindern in Millionenhöhe. Damit muss wohl auch das Buwal seinen Werbespot leicht abändern in: «Weniger Konsum, mehr Abfall, weniger Energie = weniger Lebensqualität.» Da fragt sich der Bürger schon, ob man sich nicht auch noch den «Umweltschutz» mit seinem rund 5-Milliarden-Aufwand pro Jahr ersparen könnte.

Albert Stocker, Riniken

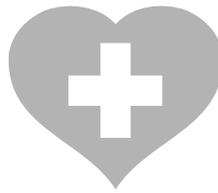
Einheimische sträflich vernachlässigt

Im Leitartikel Nr. 11/2000 des «Schweizer Demokraten» erwähnt Willy Schmidhauser auch die Firma Sulzer. Als langjähriger Sulzer/Rüti-Mitarbeiter fühle ich mich angesprochen. Es ist wirklich himmeltraurig, wie die in über hundert Jahren gewachsenen Sulzer-Firmen – mit Vorzeigeprodukten notabene – wegen eines unfähigen Managements kaputt gegangen sind. Die Produkte jahrzehntelanger Forschung und Entwicklung, die unzähligen Spezialisten mit ihrem Fachwissen vom Handlanger, Facharbeiter, Meister und Betriebsfachmann bis zum Ing. HTL oder ETH; sie sind nicht mehr gefragt. Oft durch Abschottung nach aussen und dummstolze Tradition, geschmiert mit kriecherischer Unterwürfigkeit, kamen Leute auf Vorgesetztenposten, die niemals dorthin gehört hätten. Bekanntlich neigen Grossbetriebe, auch die des Staates, infolge ihrer Unübersichtlichkeit und fehlender direkter Konkurrenz im Kleinsegment, zur Zementierung des einmal gewählten Systems. Kommt hinzu die sträflich vernachlässigte Weiterbildung der Konstrukteure und Betriebsfachleute in der modernen

Fabrikationstechnik, inklusive Anwerbung ausländischer Billigbeitskräfte. Damit schlug und schlägt man noch heute zwei Fliegen auf einen Streich. Die Produktion kann vorerst erhöht werden und dem Heischen nach mehr Lohn der Belegschaft wird damit Paroli geboten. Die Gewerkschaft, hin und her gerissen zwischen Kampf um mehr Lohn und der Möglichkeit viele neue Genossen zu gewinnen, entschied sich offensichtlich für mehr Mitglieder.

Wo vor 200 Jahren jeder Zuzüger – auch Schweizer – sich in die Wohn-gemeinde einkaufen musste, zahlen heute die Alteingesessenen die ganzen Infrastrukturkosten. Müsste für jeden Einwanderer durch den Arbeitgeber und damit Profiteur dieser Arbeitskraft eine höhere Summe hinterlegt werden, welche dann im Falle der Niederlassung dem Gemeinwesen verfallen müsste, hätten wir AHV-Rentner nur noch marginale Steuern zu entrichten. Mit dieser Massnahme würde man auch der masslosen Einwanderung in unser überbevölkertes Land Herr werden.

Oskar Bachmann, Rüti ZH



Pourquoi faut-il s'opposer à la modification de la Loi sur l'armée?

Poser la bonne question!

A la question: «Pensez-vous également que les soldats suisses au Kosovo (Swisscoy) doivent être armés pour pouvoir assurer leur propre défense?», nombreuses sont naturellement les personnes sondées qui répondent par l'affirmative. Elles pensent en effet qu'il est irresponsable de laisser les soldats suisses sans protection et qu'il est indigne que des Autrichiens soient chargés de les protéger.

Mais cette question est mal posée!

La question doit être la suivante: «Faut-il engager des soldats suisses sur des territoires étrangers en guerre et en conflit?»

La réponse est un Non clair et net!

Rapport de l'ONU: Des engagements de «maintien de la paix» peuvent soudainement dégénérer en combats

Un rapport d'experts de l'ONU a examiné les engagements pour la paix des 10 années passées. Le résultat est décevant. D'une part, l'ONU reconnaît que la grande majorité des engagements ont échoué. D'autre part, les experts exigent que les engagements pour la paix obéissent à l'avenir à une «doctrine robuste»: les troupes de l'ONU doivent être en mesure de «se battre et de vaincre l'adversaire». De telles revendications mettent définitivement un terme à la supposition naïve qu'on puisse distinguer sur un territoire en conflit et en

guerre entre engagements «pour le maintien de la paix» et engagements «pour obtenir la paix par la force».

Les troupes suisses seraient par conséquent elles aussi chargées de «pouvoir vaincre l'adversaire». La Suisse ne pourrait pas s'opposer à la demande d'être une puissance d'intervention de l'ONU dotée d'un mandat de combat. Elle serait forcée de jouer le jeu.

L'escalade conduit à des aventures guerrières

Les engagements militaires à l'étranger avec «des armes pour se protéger soi-même» sont naïvement déclarés comme un simple «soutien de paix» (peace support) ou un instrument de maintien de la paix (peace keeping).

La situation peut toutefois très rapidement changer et les «soldats de la paix» suisses sont alors amenés à se battre.

L'escalade devient dès lors incontrôlable et nous serons taxés de pays en guerre.

Pour «mieux exploiter les possibilités de la coopération internationale offerte par l'OTAN», (...) l'armée suisse souhaite «augmenter sa faculté à effectuer des opérations, de concert avec d'autres armées».

Une modification de la Loi sur l'armée permettra à la Suisse d'intervenir avec des forces armées dans des «zones à risque» (...). Ogi a appelé ce projet une «étape intermédiaire».

(Adolf Ogi le 18.12.98

devant la presse à Bruxelles)

Abandon de la neutralité suisse – moins de sécurité!

Avec l'engagement de soldats suisses sur les territoires de combat étrangers et avec les soldats étrangers qui effectuent leurs exercices militaires également sur sol suisse, la neutralité suisse est sapée et finalement sacrifiée.

On jette de la sorte par dessus bord 200 années de tradition de paix. La Suisse sera par la force des choses entraînée dans des conflits étrangers et considérée prenant part au conflit. Cela est pour notre pays synonyme de perte de sécurité!

La neutralité suisse a largement fait ses preuves comme un véritable modèle de succès et comme Instrument de sécurité et de paix parfait pour notre petit état.

En l'an 2000 et à l'avenir aussi, notre neutralité perpétuelle et armée est ultramoderne: elle oblige nos autorités à s'abstenir systématiquement de s'ingérer dans les affaires d'autrui. Elle évite ainsi à nos citoyens d'être entraînés à leur corps défendant dans des conflits internationaux.

Notre **neutralité est perpétuelle et sans alliance.** Elle ne permet **ni des alliances défensives ni des alliances offensives, elle est armée, intégrale (globale) et librement consentie.** Le droit coutumier en a fait un **droit constitutionnel matériel.** Cela signifie: ceux qui sapent la neutralité suisse par des engagements militaires à l'étranger ou par l'intégration de notre pays au sein d'organisations de sécurité collectives, agissent de manière **anticonstitutionnelle.**

Au 21e siècle, la neutralité suisse, développée depuis des centaines et reconnue pour la première fois publiquement par le droit international en 1815 (lors du Congrès de Vienne), reste tout sauf une antiquité ou un mythe. A l'avenir, notre neutralité sera encore la **garante de la stabilité et de la sécurité** à condition de ne pas être sapée et de ne pas perdre sa crédibilité.

La porte ouverte à une politique extérieure erronée

La révision de la Loi sur l'armée ouvre la porte à la **politique extérieure et de sécurité erronée du Conseil fédéral.** Celle-ci est en contradiction flagrante avec l'indépendance et la neutralité de la Suisse:

• Dans un premier temps, on cherche, par l'engagement de soldats suisses sur des territoires étrangers en guerre et en conflit, à **préparer le terrain à une adhésion à l'OTAN.**

• Dès que l'engagement militaire à l'étranger sera légitimé, la «Berne fédérale» va déployer une énergie accrue pour inciter les citoyens à **adhérer rapidement à l'ONU.** Elle invoquera pour cela l'argument que de tels engagements militaires sont en règle générale effectués sous le mandat de l'ONU et que la Suisse doit pouvoir «codécider».

• En définitive, la Suisse doit être **intégrée à l'UE via l'ONU politique.** Les engagements militaires à l'étranger seraient par conséquent le début de la fin de la Suisse souveraine, indépendante et neutre.

Pour illustrer une action armée à l'étranger compatible avec la neutralité, le Conseil fédéral cite entre autres l'escorte militaire «du train de marchandises suisses» de 1919/20 à destination de Varsovie. C'est faux! Cette action était extrêmement contestée. Le Conseil fédéral décida de remplacer les escortes militaires dès octobre 1920 par des civils. Le danger de «corruption, d'histoires de femmes et autres» lui avait fait craindre une «perte de prestige et d'honneur de notre armée». Mais c'est surtout un incident mortel en Tchécoslovaquie qui devait être déterminant pour cette décision: lors d'une attaque de voleurs sur un train, un jeune garçon fut tué par balles; son pays d'origine considéra alors que sa souveraineté était violée et il demanda à la Suisse des dommages intérêts.

(Tagesanzeiger, 19.6.2000)

Limitation de la souveraineté et de l'indépendance

La coopération avec l'étranger en matière de politique de sécurité et le Partenariat pour la paix (PPP) de l'OTAN restreignent la marge de manœuvre de la Suisse. La politique de neutralité devient dépendante des grandes puissances. L'équipement et l'armement ainsi que la doctrine d'instruction et d'engagement de l'armée suisse sont axés exclusivement sur des systèmes et programmes compatibles avec l'OTAN. La Suisse devient dépendante et perd par conséquent sa propre sécurité, ainsi que sa crédibilité au niveau de l'aide humanitaire civile à l'étranger.

Suite en page 14

Livrer nos soldats au pouvoir étranger?

Si nos soldats sont préparés à la guerre, c'est uniquement pour défendre notre liberté. S'il le faut au prix de leur vie. Mais nous n'entendons pas soumettre nos hommes à des généraux étrangers qui les enverraient au loin régler des conflits. En effet, certains en reviendraient mutilés, malades ou morts. On ne joue pas avec les guerres... quelles qu'elles soient!

Conclusion: Pas de soldats suisses à l'étranger! Pas de soldats étrangers en Suisse!

Comité hors-partis «Suisse – oasis de paix» René Schwillegger, Estavayer-le-Lac

le 10 juin prochain

2x NON

à la loi militaire

www.loimilitaire-non.ch

Pourquoi faut-il s'opposer à la modification de la Loi sur l'armée?

Suite de page 13

Limitation de la Souveraineté et de l'indépendance

• La modification de la Loi sur l'armée est en contradiction avec la Constitution fédérale

Art. 58, Armée

² L'armée contribue à prévenir la guerre et à maintenir la paix; elle assure la défense du pays et de sa population. Elle apporte son soutien aux autorités civiles lorsqu'elles doivent faire face à une grave menace pesant sur la sécurité intérieure ou à d'autres situations d'exception. La loi peut prévoir d'autres tâches.

En contradiction avec la Constitution fédérale, la nouvelle politique de sécurité accorde la priorité à la «promotion de la paix» (engagements militaires à l'étranger).

Les engagements militaires à l'étranger sont une étape sur le chemin qui conduit la Suisse à une intégration aux structures de puissance internationales. Le gouvernement suisse se comporte comme

si la Suisse était (bientôt ou déjà) membre de l'ONU politique, de l'UE, de l'UEO et de l'OTAN. Il agit comme s'il était lié à des obligations d'allié. **La révision partielle anticipée de la Loi sur l'armée constitue dans cette «mise en réseau» un pas dangereux dans la mauvaise direction.**

Dans différents verdicts populaires, les citoyens suisses se sont prononcés en faveur de l'indépendance et de la neutralité (ONU 1986, EEE 1992, casques bleus 1994). La révision partielle de la Loi sur l'armée et l'intégration de notre pays à des structures de puissance internationales méprisent ces verdicts du Souverain.

Un affaiblissement de notre défense nationale et du système de milice

La défense nationale suisse ainsi que la capacité des citoyens à se défendre représentent en tant qu'instrument défensif l'idée de résistance. Dans notre armée de milice et dans le cadre de l'obligation générale de faire du service militaire, le citoyen est le support de cette résistance. Des engagements facul-

tatifs et de longue durée à l'étranger favorisent une professionnalisation de l'armée et sont contraires à l'idée de milice. Une armée suisse qui effectue des opérations à l'étranger **perdra inévitablement le soutien du peuple**; notre défense nationale serait affaiblie en son cœur même.

Un gaspillage d'argent irresponsable

Les engagements militaires à l'étranger constituent un gaspillage irresponsable de l'argent des contribuables. Le rapport entre résultats et dépenses est disproportionné. L'engagement de Swisscoy coûte selon le DDPS quelques 60 millions de francs pour une durée de 15 mois (jusqu'à fin 2000). Selon les calculs de la Direction du développement et de la coopération DDC du DFAE, un membre de Swisscoy coûte 42'000 francs par mois, alors qu'un membre du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe n'en coûte que 12'000 environ.

Les résultats du coûteux exercice alibi Swisscoy ne sont pas seulement maigres, mais ils vont carré-

«Lors de notre visite, des charpentiers, menuisiers ou maçons du train suisse de pionniers [...] s'activent dans l'air pour mettre en place des combles. Pendant que les poutres sont placées à des hauteurs vertigineuses, les jeunes du village courent en jouant entre les hommes de Donaj qui fument et qui bavardent.»

(Schweizer Soldat, 1.3.2000)

ment à l'encontre du but recherché: le principal atout de la Suisse, qui est la neutralité, est remis en question par de telles interventions militaires. A l'étranger, il serait nettement plus efficace de renforcer l'aide humanitaire apportée par des organisations civiles, notamment par le Corps suisse d'aide en cas de catastrophe.

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch



Interpellation Hess Bernhard (DS):

Antennes satellites de Loèche

Dans le cadre de l'externalisation de secteurs industriels qui ne font plus partie du domaine d'activité principal de Swisscom, et qui remontent à l'époque où l'ancienne régie détenait un monopole en la matière, une antenne parabolique de télécommunication par satellite située à Loèche (VS) a été vendue à la société Verestar (États-Unis). Verestar collabore entre autres avec la marine de guerre américaine, et peut-être aussi avec la NSA (National Security Agency). Or, à proximité immédiate de cette antenne à usage civil se trouve le miroir parabolique du système d'écoute des communications par satellite Satos 3.

A ce propos, je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Partage-t-il les craintes des experts militaires, lesquels soupçonnent Verestar de faire partie des entreprises qui soutiennent par leur infrastructure la NSA dans le

projet international d'écoute appelé «Échelon»?

2. Swisscom a-t-elle, en vendant des installations clés dans le domaine des communications par satellite (Loèche, Bâle, Genève et Zurich), violé les prescriptions de sécurité?

3. Ne faudrait-il pas envisager, étant donnée les soupçons qui pèsent sur Verestar quant à ses liens avec la NSA, de faire intervenir le Préposé fédéral à la protection des données?

Réponse du Conseil fédéral

Question 1

Connue jusqu'en septembre 2000 sous le nom d'ATC Teleports, la société Verestar, Inc. est en fait une filiale à 100% d'American Tower Corporation (AMT), l'un des principaux exploitants et concepteurs de services de radiodiffusion possédant de nombreuses installations en Amérique du Nord (États-Unis, Canada et Mexique). Exploitant de

réseaux de satellites d'envergure internationale, Verestar détient et exploite 10 téléports reliés à quelque 170 antennes ainsi qu'une cinquantaine de satellites. Elle a à son actif une vaste clientèle qui va des fournisseurs de services internet aux exploitants de réseaux internationaux en passant par les entreprises de radiodiffusion, les PTT ainsi que d'autres organismes officiels américains. Précisons toutefois qu'elle ne compte pas et n'a d'ailleurs jamais compté la National Security Agency (NSA) au nombre de ses clients.

Verestar possède une filiale, la compagnie Maritime Telecommunications Network (MTN), active dans le secteur de la télécommunication maritime. Cette dernière qui propose des services internet, de téléphonie et de transfert de données compte au nombre de ses clients, des navires de croisière, l'industrie offshore du gaz et du pétrole ainsi que l'U.S. Navy. MTN travaille également pour le compte de la Defense Information System Agency et du Space and Naval Warfare System Center, tout deux rattachés au Département de la défense, et susceptibles de ce fait d'entretenir des rapports avec les services de renseignements américains. Néanmoins, il convient de souligner que Verestar ne saurait avoir connaissance des informations qu'elle transporte dans la mesure où elle se limite, pour ce qui est des télécommunications, à proposer des services de transfert et d'accès. De surcroît, elle a assuré à Swisscom SA qu'elle ne faisait transiter aucune donnée classifiée que ce soit pour le compte d'organismes offi-

ciels ou de tout autre client. Concernant la station de satellite terrestre basée à Loèche, il importe de rappeler que Verestar est tenue de respecter les termes de la licence de télécommunications délivrée par l'OFCOM et partant les dispositions de la LTC. Enfin, nous attirons votre attention sur le fait que, dans le cadre de la refonte de la LRTV et de la LTC, nous veillerons à prendre toutes les mesures indispensables à la sauvegarde des besoins vitaux du pays en matière de télécommunications.

Question 2

La cession du site de Loèche au profit de Verestar est intervenue en octobre 2000 alors que Swisscom SA avait annoncé son intention de vendre ses stations terriennes de communication par satellite dès le 9 mai 2000. Il a donc été possible, dans l'intervalle, de trouver une solution satisfaisante pour le système SATOS 3 utilisé par le DDPS en le scindant de l'installation à usage commercial. En d'autres termes, le système SATOS 3 n'a pas été affecté par la vente de la station d'émission. Nous tenons à souligner que, lors de cette opération, on s'est véritablement attaché à préserver les intérêts et la sécurité du pays. Pour ce faire, le DDPS et Swisscom ont étudié plusieurs scénarios permettant au département militaire d'exploiter sa propre station d'émission. Au final, ils ont opté pour la solution consistant à procéder à un redécoupage du terrain et à en céder une partie, complétée de vingt autres parcelles, à la Confédération. L'acte de vente a été établi à Loèche le 15 novembre 2000 et le registre foncier modifié en conséquence le 3 janvier 2001 – avec effet au 1^{er} janvier 2001 – lors de la conclusion de la transaction avec Verestar. Le DDPS et Swisscom se sont entendus sur les modalités d'entretien et d'exploitation de l'installation (Loèche-6, miroir parabolique du système d'écoute des communications par satellite SATOS 3) applicables jusqu'à que

celle-ci devienne indépendante. Verestar s'est engagée auprès de Swisscom à accepter que le DDPS dispose, jusqu'à la fin mars 2002 au plus tard, d'un secteur clos dans l'enceinte du site et à prendre les mesures nécessaires. Cette solution a été adoptée en accord avec le DDPS qui dispose ainsi d'un délai suffisant pour procéder au transfert dudit secteur. Les composantes classifiées de l'installation SATOS 3 sont intégrées dans d'autres installations du DDPS.

Quant aux composantes non classifiées, leur entretien et leur exploitation continuent d'être assurés par l'entreprise suisse d'électronique (SE). Les collaborateurs de Swisscom qui travaillaient dans le secteur satellite ont, pour l'essentiel, été maintenus en poste lors du rachat par Verestar. Rappelons pour mémoire qu'ils ont fait l'objet d'une procédure spécifique lors de la création du site du DDPS de Loèche-6 et qu'ils sont donc «agrés Défense». Le DDPS et Swisscom considèrent donc que la solution retenue, à savoir la vente des parcelles concernées au DDPS, ainsi que la collaboration entre ce dernier et l'entreprise Verestar (maintien d'un secteur clos dans l'enceinte du bâtiment principal jusqu'à la fin mars 2002 au plus tard, alimentation en eau et en énergie) ne contreviennent ni aux intérêts du DDPS, ni à ceux du pays.

Question 3

Compte tenu de la nature de l'installation concernée, il n'y avait pas lieu de consulter, préalablement à la vente, le Préposé fédéral à la protection des données dont la compétence se limite aux données personnelles. En d'autres termes, les questions ayant trait à la sécurité nationale ne font pas partie de ses attributions. En revanche, la commission de la politique de sécurité du Conseil national a été informée, le 23 novembre 2000, avant que l'on ne procède effectivement à la vente, et ce, dans le cadre d'une audition de Jens Alder, PDG de Swisscom.

pas besoin de discuter du bien-fondé de retirer la demande d'admission à l'UE, laissons-la se congeler jusqu'au moment opportun où nous admettrons que l'UE est de-

venue un organisme propre, compétent, fiable, unitaire et vraiment démocratique.

Lonny Flückiger, vice-présidente des Démocrates suisses

Le Pileri

L'UE se distingue encore une fois

Heidi Hautala (verts) championne finlandaise au Parlement européen pour la défense de la transparence, a été plaider cette cause essentielle, mais bafouée, devant la Cour de Justice des communautés européennes, afin que les citoyens aient droit à l'information. Face à elle le Conseil des Ministres de Quinze a refusé de lui communiquer un rapport sur les exportations d'armes conventionnelles élaboré dans le cadre de la politique extérieure et de sécurité commune (PESC) de l'UE, sous prétexte que la divulgation de ces documents porteraient préjudice aux relations de l'UE avec des pays tiers, notamment la Turquie. Quelles magouilles immondes se trament-elles dans les coulisses de cet organisme qui «lave plus blanc» et se permet de juger l'Autriche ou la Suisse pour des cas sans importance internationale comme les armes, et quelles armes? Celles que l'OTAN n'a pas encore utilisées? Quelle chance que la Suisse ait dit NON à l'UE... Nous ne deviendrons pas complices des nombreux conflits en cours et surtout de ceux qui se profilent à l'horizon. (Macédoine, Afghanistan, Tchétchénie, et j'en passe.)

Regard pessimiste sur l'UE

L'universitaire français Alain Cotta n'est guère encourageant sur l'avenir de l'économie européenne. A ses yeux le sommet de Nice a marqué la fin d'une idée fédéraliste sur le vieux continent. Je vois les euro-turbos toujours actifs dans les coulisses, lever les bras au ciel en accusant les ploucs que nous sommes d'être les fautifs car si nous avions été à Nice comme partenaires nos idées fédéralistes auraient pu être acceptées! Ah!ha! que nenni, la raison cachée est toute autre. Il n'existe aucune égalité entre les grands, les moyens et les petits Etats de l'UE. A. Cotta est sûr que l'UE s'approche d'un régime impérial qui ressemblera davantage à l'empire Ottoman, à celui de l'Autriche Hongrie, voire à celui de l'empire soviétique. En voilà un qui confirme ce que notre parti a toujours dénoncé: Bruxelles égale Kremlin, et l'UE égale URSS.

Cet universitaire affirme qu'étant donné ce constat peu encourageant, la coopération entre Etats ne pourra se faire que selon un mode d'alliance et d'ententes particulières. Donc la question qui se pose maintenant est: qui dirigera l'empire? Y aura-t-il un condominium

franco-allemand? Ces deux anciens ennemis ne se mangeront-ils pas à nouveau, surtout si l'Euro n'est pas la panacée pour souder l'UE? Alors la prétention de Jean Monnet de créer cette entité boîteuse pour sauver la paix, aura été en réalité de préparer la troisième guerre mondiale classique ou écologique puisque l'uranium fait son apparition après le poison orange pas assez dévastateur...

Les évêchés ou les mosquées?

Pour garder l'article sur les évêchés, l'Eglise protestante monte en chaire. Tout ceci est bien beau, mais incomplet. Car si les églises protestantes ont peur d'être minorées si d'autres évêchés que ceux existant en Suisse s'ouvrent grâce à la libéralisation créée par la suppression de l'article constitutionnel admettant l'ingérence de l'Etat dans les affaires intérieures de l'Eglise, art. 50 al 4), elle devrait également avoir peur de la prolifération des mosquées et des synagogues. Alors, messieurs les pasteurs, soyez plus précis et plus conséquents. N'ouvrez pas la boîte de Pandore.

Crise à la Fareas

Notre parti a été le premier à dénoncer les excès financiers commis par la Fareas en faveur des réfugiés et nous avons même donné un fac-similé d'une feuille de subvention au montant faramineux. Heureusement, l'abcès étant crevé, la Fareas doit rembourser quelques millions. Comment le pourra-t-elle si les réfugiés veulent avoir droit au chapitre? Berne a mis le holà en diminuant les prébendes et en renforçant ses lois sur l'aide aux réfugiés, ce qui nous paraît normal au vu de tant d'exagérations, mais huit réfugiés et exréfugiés de différentes nationalités se sont permis de concrétiser un projet de créer une association regroupant ceux qui ont trouvé asile en Suisse et ceux au statut plus précaire venus l'y chercher plus récemment. Leur but est de devenir des partenaires avec les contribuables de ce pays pour les obliger à les entretenir. Dans leurs rangs un Brésilien Nelson Serrathuk ancien réfugié devenu suisse a été avalé par le parti socialiste et il siège au conseil communal de Lausanne. Il revendique au nom d'autres demandeurs d'asile, ce qui prouve une fois encore, que plus il y aura de naturalisations facilitées, plus nous serons soumis à des pressions inadmissibles. Si tous les réfugiés dans le monde occidental avaient les mêmes exigences, ce serait un exemple de profits faciles à institutionnaliser. (*Octopus*)

Europe:

Le bon sens l'a emporté

Grâce au bon sens nos concitoyens ont dit non à l'initiative parce qu'ils se sont rendu compte suffisamment tôt que les euro-turbos les menaient en bateau concernant le paradis idéal européen, les responsables de l'UE, qui traînaient les pieds au sujet des bilatérales bis, se sont empressés d'envoyer une nouvelle lettre au Conseil fédéral pour entamer les négociations sur l'espace Schengen et l'impôt anticipé (il n'est pour l'instant pas question du secret bancaire tant qu'il existera encore ailleurs).

Comme quoi il y a lieu de prendre le taureau par les cornes lorsqu'il se conduit comme un bulldozer

menaçant de chantage les réfractaires à ses édits, et si nécessaire à jouer au toréador. Nous avons suffisamment de banderilles pour obtenir donnant-donnant des compensations ou des passe-droits comme le Danemark ou la Suède. Nous avons une assise financière enviable, donc ces messieurs de Bruxelles ont compris qu'on n'apprivoise pas les mouches avec du vinaigre et le non clair et net de la population suisse, qui décide encore de son sort, a prouvé la nécessité d'avoir un comportement fort, sans compromission ni hésitation. Une telle attitude inspire le respect. Donc, en corollaire, il n'est

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden

Alexander Nyffenegger,
stv. Parteisekretär, Bern

Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

SD gegen Teilausverkauf der Heimat

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit grossem Missmut von den Plänen des Bundesrates Kenntnis, der Wiederverkäufe von Ferienwohnungen zwischen Ausländern nicht mehr an das kantonale Kontingent anrechnen will. Mit dieser Lockerung der Gesetzesbestimmungen missachtet die Lan-

desregierung den deutlichen Volksentscheid vom 25. Juni 1995. Damals sind 53 Prozent der Stimmen dem SD-Referendum gegen die Lockerung der Lex Friedrich (gegen den «Ausverkauf der Heimat») gefolgt. Bereits jetzt kündigen die Schweizer Demokraten (SD) schärfsten

Widerstand gegen die Lockerung und Aushöhlung der Lex Friedrich an. Niemals werden die SD auch nur einen Teilausverkauf der Heimat zulassen.

SD-Medienmitteilung vom
24. März 2001, Bernhard Hess,
Nationalrat und SD-Zentralsekretär

**Einsargung von Schweizer
Soldaten im Ausland?**

NIEMALS!!!

Wir dulden:

Keine Schweizer Soldaten im Ausland – keine ausländischen Soldaten in der Schweiz

9 Gründe, die gegen die neutralitätswidrige Teilrevision des Militärgesetzes sprechen:

Keine Kampfhandlungen im Auftrag fremder Mächte: In Kriegs- und Konfliktgebieten gibt es absolut keinen Unterschied zwischen «friedenserhaltenden» und «friedenserzwingenden» Einsätzen. Auch Schweizer Soldaten erhielten den Auftrag, den Gegner anzugreifen.

Keine Kriegsabenteuer: Die jüngste Vergangenheit hat bewiesen, dass Einsätze zur sogenannten Friedenserhaltung schnell in eine Eskalation ausarten können. Ebenfalls in diese Eskalationen verwickelt würden Schweizer Soldaten, welche mit dem ersten abgegebenen Schuss die traditionsneutrale Schweiz der Geschichte zuführen.

Keine Sicherheit: Die Neutralität schützt Volk und Land vor der ungewollten Teilnahme an internationalen Konflikten. Der Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland und umgekehrt würde die Sicherheit von Volk und Land stark gefährden.

Keine falsche Aussenpolitik: Die Teilrevision des Militärgesetzes hat vor allem zum Ziel und Zweck, mittelfristig der NATO beizutreten. Das würde bedeuten, dass die kleine Schweiz als untergeordneter Mitspieler der Weltpolizei USA jede Intervention im Ausland mittragen müsste.

Keine Abhängigkeit: Dies hätte zur Folge, dass die schweizerische Neutralitätspolitik vollkommen in die Abhängigkeit der Grossmächte fallen würde. Die traditionelle Souveränität wäre somit gänzlich aufgehoben.

Keine Missachtung der Volksrechte: Obwohl das Schweizer Volk in drei klaren Volksentscheiden (1986 UNO, 1992 EWR und 1994 Blauhelme) sein Einverständnis zur Erhaltung der Unabhängigkeit gegeben hat, will sich Bundesbern mit-

tels Militärgesetzrevision über diese Entscheide hinwegsetzen.

Keine Schwächung der Milizarmee: Die militärische Landesverteidigung der Schweiz fusst auf dem Widerstandswillen des Schweizer Volkes und der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten. Auslandeinsätze würden diesen Gedanken der Selbstverantwortung und Unabhängigkeit zunichte machen und den Zusammenhalt in der Milizarmee gefährden.

Keine Geldverschleuderung: Der Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten würde neben sämtlichen Gefahren und berechtigten Sorgen um den Verlust der Neutralität und Souveränität eine immense Verschleuderung von Steuergeldern mit sich bringen. Schon nur der Einsatz der Swissscoy-Soldaten beläuft sich für 15 Monate auf zirka 60 Millionen Franken. Inbezug auf die Pflichtteilnahme an internationalen Gefechten stellt diese Summe einen Bruchteil dessen dar, was uns noch blühen würde.

Keine Heimkehr im Sarg: Wer Soldaten ins Ausland schickt, nimmt deren Tod in Kauf. In einem solchen Falle wäre es schon jetzt interessant zu wissen, wer die Verantwortung für diesen Leichtsinn zu tragen haben würde. Eines ist sicher: All jene, welche die internationale Solidarität in den Himmel loben, würden sich hüten, auch nur für einen toten Schweizer Soldaten geradestehen.

DESHALB:

Keine Kriegsabenteuer auf Kosten der schweizerischen Unabhängigkeit und des Lebens zahlreicher Soldaten!!

**Dank SD-Verhuzung
gewinnt Radio-Mann
Medien-Preis**

Das Schweizer Radio machte vor einiger Zeit eine die SD verhuzende Radiosendung. Da wurden Aufnahmen aus einer SD-Veranstaltung zum Thema EU im Bümplizer «Bärensaal» auseinandergerissen, zerstückelt und mit volkstümlichen Liedern – oder besser gesagt Lieder «fetzen» zusammengesetzt. Die SD wurde so richtig in die Pfanne gehauen, verarscht und als hinterwäldlerische Partei abgetan.

Für diesen Beitrag erhielt Peter Maurer, Redaktor Inland Schweizer Radio DRS den «Medienpreis idée suisse». Weit haben wirs gebracht in unserem Land. Diskriminierung wird heute bereits mit einem Preis belohnt!

**Versicherungsbetrug:
48,8% Ausländeranteil!**

Der Ausländerbestand beträgt in unserem Lande offiziell 19,4%. Unter den Versicherungsbetrügnern macht der Ausländeranteil aber 48,8% aus. Da sagen doch unsere Behörden und Politiker immer wieder, die Ausländer seien nicht krimineller als wir Einheimischen...

Unterlagen / Werbematerial gegen das Militärgesetz

- Ex. «Schweizer Demokrat»-Zeitung 4/2001
..... Ex. Flugblatt (A4), 2-seitig, gratis
..... Ex. Prospekt (A4), 4-seitig, gratis
..... Ex. Kleber (14 x 9 cm), gratis
..... Ex. Plakat B4 (90,5 x 128 cm), gratis
..... Ex. Plakat A2 (42 x 60 cm), gratis

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____



Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern